Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiisch,

Bezugspreis in der Stadt für Abholer montl. 5 M. durch Boten bezogen montl. 5.50 M. durch auswärtige Boten montl. 5.75 M: bei Postbezug montl. 6 M frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 P. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7aesp. Millim. Satzraum 30 Pfg. und der 3aesp. Millim. Reklamezeile Mk. 1.— Die laufende Monatsquittung wird vom Besteller auf seine Anzeigen in Zahlung genommen. Zifferngebühr 50 Pfg. Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 96. Dienstag, den 26. April 1921 161. Jahrgang.

Tageschronik

Der unannehmliche Inhalt der deutschen Note an Amerika; endgültige Veröffentlichung heute.

Frankreich verlangt die Ablieferung von 1 Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich.

Die Stellung des Außenministers Dr. Simons ist stark erschüttert, sein baldiger Rücktritt wahrscheinlich.

Staatssekretär Dr. Bergmann beabsichtigt zurückzutreten.

Die Polen inszenieren eine neue Abstimmung.

Furchtbares Elend unter den streikenden Bergarbeitern in England.

Erzbergers Immunität aufgehoben.

Die Vereinbarungen in der Ueberschichten- und Lohnfrage sind abgelehnt.

Der Inhalt der deutschen Note.

Die Note in Amerika eingetroffen.

Bei der Ueberreichung der Note hat der amerikanische Botschafter Herr Wilson dem Wunsch der amerikanischen Regierung Ausdruck gegeben, daß eine Veröffentlichung der deutschen Vorschläge nicht eher erfolge, bis ein Einvernehmen über die Publikation zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung herbeigeführt worden ist. Infolgedessen ist die Veröffentlichung, wie Dr. Simons im Reichstag geäußert hat, erst im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Eine Kabeldepesche des „Newyork Herald" meldet das Eintreffen der neuen deutschen Vorschläge in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Präsident Harding und Hughes wollen die Note prüfen, ob sie geeignet ist, an die Alliierten weitergeleitet zu werden. Ueber den Charakter dieser Vorschläge liegt völliges Dunkel. In politischen Kreisen verlautet, daß sie aus 2 Teilen bestehe, und zwar aus der eigentlichen Note und den Erläuterungen dazu. Die Endsumme für die deutsche Reparation soll wesentlich über die Gegenvorschläge hinausgehen, die auf der Londoner Konferenz überreicht worden sind. Ferner soll von einem Abzug der deutschen Vorleistungen in Höhe von 20 Milliarden Mark abgesehen sein.

Man glaubt ferner zu wissen, daß die Note sich in drei Punkten von den bisherigen deutschen Vorschlägen unterscheidet. Die Note fordert, daß die Jahreszahlungen von internationalen Sachverständigen festgestellt werden, und zwar in verschiedenen Höhen, wobei die Schwankungen der Produktion und des deutschen Wohlstandes in Betracht gezogen werden sollen. Ferner wird vorgeschlagen, daß deutsche Arbeiter und deutsches Material zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden sollen. Präsident Harding und Hughes haben Sonnabend abend über die Note mit dem Senator Lodge konferiert. Den alliierten Botschaftern wird keine Mitteilung gemacht, solange Deutschland keine Antwort erteilt werde. Morgen wird wohl die amerikanische Regierung entscheiden, ob die deutschen Vorschläge geeignet sind, den Alliierten übermittelt zu werden. Im Falle ihrer Uebermittlung wird dies mit der Anregung geschehen, daß der Präsident der Ansicht sei, daß diese Vorschläge geeignete Grundlagen für Verhandlungen bilden können. Das sind genau die Worte des Präsidenten. Er ist geneigt, die Weiterleitung vorzunehmen, wenn die Vorschläge der deutschen Verantwortlichkeit entsprechen. Die äußerste Grenze, bis zu der die amerikanische Regierung bereit ist, besteht in der Uebermittlung der Vorschläge und in einer etwaigen Empfehlung, sie aufmerksam zu prüfen.

Nach einer anderen Meldung ist das neue deutsche Angebot eine Abänderung des von Dr. Simons vorgeschlagenen Prodisoriums. Dieses schlägt bekanntlich vor, daß die Zahlungen in Sachwerten und Barmitteln innerhalb 42 Jahren zu leisten sind. Die Summe mit Zinsen und Zinseszinsen wird in Paris von der Entente aufgestellt und soll den 226 Milliarden nahekommen. Von anderer Seite wird gemeldet, daß eine Gesamtsumme von 200 Milliarden vorgeschlagen wurde. Für die Zahlungen ist ein beweglicher Maßstab vorgesehen. Die Zahlungen sollen sich hauptsächlich nach dem Stand der deutschen Handelsbilanz richten. Eine Uebernahme der Entente-Verpflichtungen gegenüber Amerika durch Deutschland ist nicht vorgesehen. Der Gesamtplan enthält vor allem deutsche Sachleistungen, in erster Linie an Frankreich.

Ablehnung der Vermittlung seitens Englands und Frankreichs?

Wie verlautet, ist man in Frankreich und England bestrebt, die amerikanische Vermittlung abzulehnen mit der Begründung, daß die alliierten Regierungen sich bereits auf ein Entschädigungsprogramm festgelegt hätten, welches durch das neue Programm Deutschlands in seinem fundamentalen Bestand gefährdet werde. Ob dieses Bestreben der maßgebenden alliierten Kreise von Erfolg sein wird, hängt von den Beratungen der Kammerausschüsse in London und Paris ab.

Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß, selbst wenn die deutschen Vorschläge annehmbar sein würden, doch eine Besetzung des Ruhrgebiets seitens der Franzosen erfolgen würde. In Frankreich sehe man kein anderes Mittel, um die Deutschen zur Raison zu bringen. Falls eine Besetzung in die Wege geleitet worden sei, werde Deutschland in zwei bis drei Wochen ökonomisch darniederliegen.

Aus London wird dagegen gemeldet: In englischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß selbst wenn das Ruhrgebiet besetzt würde, dies nur eine vorläufige Maßnahme sein würde. Auch vertritt Lloyd George die Ansicht, daß man aber auch Rücksicht auf die Schwächen der deutschen Regierung nehmen müsse. Briand soll dieser versöhnlichen Haltung Lloyd Georges nicht genügend zugestimmt haben.

Ablehnung der deutschen „Goldnote".

Eine Milliarde Goldmark soll an die Bank von Frankreich abgeliefert werden.

Nach einer von „Havas" veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese infolge der Weigerung der deutschen Regierung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln überführen zu lassen, beschlossen, die Ablieferung von einer Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

In der Begründung heißt es, daß die Reparationskommission bedauert, daß die deutsche Regierung nicht die Sorge (?) verstanden hat, die den Brief vom 21. April veranlaßte. Das Ersuchen, den Goldbestand nach dem besetzten Gebiet zu überbringen, wurde nur von dem Wunsche beherrscht, die Bestimmungen des Vertrages mit den möglichen Erfordernissen des deutschen Wechselkurses in Einklang zu bringen (!!). Die Reparationskommission kann die Beziehungen der deutschen Regierung zu der Reichsbank nicht zur Debatte stellen. Für sie gilt die Gewißheit, daß die Reichsregierung, wenn sie den guten Willen hat, darauf zurückzugreifen, auch die Mittel hat, dem Verlangen der Reparationskommission zu entsprechen.

Lloyd George über das neue Abkommen mit Briand.

Lloyd George gab im Unterhause folgende Erklärung ab: Briand versprach, der englischen Regierung in 1 oder 2 Tagen neue detaillierte Informationen über die französischen Pläne und Vorschläge zu liefern. Die Konferenz wurde für Sonnabend einberufen, damit neue Maßnahmen getroffen werden können, die dazu führen könnten, die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchzuführen. Die Regierung glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung neue Vorschläge ausarbeitet. Diese Vorschläge haben wir noch nicht erhalten, wenn sie nicht befriedigend sein werden, wird die englische Regierung auf der nächsten Konferenz Frankreich bei seinem Vorschlag bezüglich der Besetzung der Kohlengruben in Westfalen unterstützen. Wenn die neuen Zwangsmaßnahmen in Aussicht genommen sein werden, sollen sie dem Unterhaus vor ihrer Anwendung vorgelegt werden.

Die New-Yorker Presse und die Reparationsfrage

Die Newyorker Presse fängt an, für die Reparationsfrage lebhaftes Interesse zu zeigen, wobei die Hearst-Presse, vor allem „Newyork American" scharf gegen Frankreich Stellung nimmt. Die Montagnummer des Blattes enthält einen Artikel, der offen verkündet, daß der Versailler Vertrag keine Grundlage für den Wiederaufbau der Welt bieten könne und Frankreich warnt, aus Deutschland ein zweites Rußland zu machen.

Die erschütterte Stellung Simons'.

Die Mehrheit gegen Dr. Simons.

Es ist nur eine Frage von Tagen, daß der Außenminister seinen Abschied nimmt. In fast allen Parteien ist das Vertrauen zu ihm geschwunden. Auch in den Koalitionsparteien sieht man ein, daß die ganze Verhandlungstaktik des Außenministers zu schweren Anklagen Anlaß gibt. Die Haltung der Regierung ist nur auf das Betreiben des Außenministers zurückzuführen, der sich zunächst der Schweigsamkeit der Regierung versicherte, ehe er die Vorschläge vorbereitete.

Das Kohlenproblem.

Wie zu erwarten, ist die Kohlenförderung im März allgemein zurückgegangen. Das ist die Folge der Kündigung des Ueberschichtenabkommens, vor der alle Sachkundigen eindringlich gewarnt haben. Während im Februar in 24 Arbeitstagen noch 8,2 Millionen Tonnen Steinkohlen im Ruhrgebiet gefördert wurden, sank die Förderung im März bei 25 Arbeitstagen auf 7, 5 Millionen Tonnen. Es ist dabei zu beachten, daß Ueberschichten erst seit dem 14. März nicht mehr verfahren werden, so daß also der Ausfall für den ganzen Monat noch nicht voll wirksam werden konnte. Das läßt sich indessen berechnen, wenn der tägliche Ausfall berücksichtigt wird. Er beträgt rund 40 000 Tonnen, was im Monat bei 25 Arbeitstagen 1 Million Tonnen ausmacht. Da diese eine Million Tonnen Steinkohlen auf In- und Auslandsmärkten abgesetzt werden könnten, erleidet die Kohlenwirtschaft monatlich einen finanziellen Ausfall von 250 Millionen Mark oder 3 Milliarden jährlich. Es ist bisher nicht gelungen, in der Ueberschichtenfrage eine Verständigung herbeizuführen. Ein Teil der Bergleute, soweit er im sogenannten Alten Bergarbeiterverband organisiert ist, glaubt offenbar, internationale Rücksichten nehmen zu müssen. Die englischen Bergarbeiter kämpfen um die Beibehaltung der bisher von der Regierung gewährleisteten hohen Löhne. Sie wollen sogar die Nationalisierung der Bergwerke erringen, um diese hohen Löhne auf Kosten der Allgemeinheit zu behaupten. Dazu ist wenig Aussicht vorhanden, weil Englands Kohlenwirtschaft unter dem europäischen und amerikanischen Wettbewerb schwer zu leiden hat. Nun ist nichts falscher, als die Taktik, die englische Kohlenwirtschaft dadurch zu stützen, daß die Bergarbeiter in anderen Ländern die Förderung herabdrücken. Sie ist besonders falsch für Deutschland, weil bei uns die Kohlennot überall zu spüren und zu greifen ist. Die Industrie hat vielfach zur Kurzarbeit übergehen müssen, obschon wir aus mehrfachen Gründen alle Ursache hätten, die Erzeugung zu verdoppeln und zu verdreifachen. Indem die deutschen Bergleute, soweit sie der internationalen Losung folgen, die deutsche Förderung herabminderten, schädigten sie die deutschen Arbeiter, die nur wider Willen feiern müssen. Auf der anderen Seite kann keine Rede davon sein, daß die Minderförderung in Deutschland den englischen Bergleuten nützt. Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter ist heute schon als verloren zu bezeichnen. Er wäre auch verloren gegangen, wenn der sogenannte Dreiverband ihn unterstützt haben würde. Das hängt mit den allgemein wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen.

Wieder muß erwähnt werden, daß es den französischen und nordamerikanischen Bergarbeitern nicht eingefallen ist, die englischen Bergleute durch Minderförderung zu unterstützen. Im Gegenteil, die nordamerikanischen Gewerkschaften haben den in der Amsterdamer Internationale vereinigten europäischen Gewerkschaften eine scharfe Absage erteilt. Die Nordamerikaner wollen die nationalen, nicht die internationalen Interessen voranstellen. Auch die englischen Bergarbeiter und Gewerkschaften denken und handeln nicht anders. Es ist den englischen Bergarbeitern nicht eingefallen, irgendwie gegen das Kohlendiktat des Verbandes Einspruch zu erheben. Daß die deutschen Bergarbeiter Ueberschichten verfahren, war und ist wesentlich eine Folge der Kohlenauflage des Verbandes. Wenn die Kohlenförderung nach der Aufkündigung der Ueberschichten weiter sinkt, dann bricht nicht nur die deutsche Kohlenwirtschaft, sondern auch die gesamte deutsche Wirtschaft zusammen. Den Vorteil davon haben die englischen Grubenbesitzer, denen dann die Aussicht winkt, ihre Kohlenherrschaft auf dem europäischen Markt wieder herstellen zu können. Diese Zusammenhänge zeigen klar, daß sich eine erfolgreiche Sozial- und Wirtschaftspolitik nur von nationalen Triebkräften leiten lassen darf.

Die Regierung glaubte den Außenminister stützen zu müssen, weil er sie zu überzeugen versucht hatte, daß alles davon abhängt, daß schnell und ohne Einmischung des Reichstages gehandelt werde. Simons hat die Verantwortung dafür, daß der Reichstag vor eine Tatsache gestellt wird„ und daß die Parteiführer nur unzulänglich unterrichtet wurden, auf sich genommen. Er ist fest entschlossen, einem Mißtrauen der Parteien zuvorzukommen und nach Klärung der jetzigen Verhandlungen seinen Rücktritt zu nehmen.

Die Absicht der Regierung, entgegen der Zusage des Reichskanzlers vom Sonnabend sich auch heute noch nicht zu einer Aeußerung über ihre Note an Amerika zu verstehen, hat die Rechte des Reichstages in dem Eindruck bestärkt, daß in der Wilhelmstraße die kopflose Bestürzung herrscht. Man sieht auf dem Standpunkt, daß so wie bisher die Auswärtigen Angelegenheiten des Reichs unter keinen Umständen weiter betrieben werden dürfen. Darüber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0001

herrscht insbesondere auch in den Reihen der Deutschnationalen, wie deren heutige Fraktionssitzung ergeben hat, nicht der leiseste Zweifel. In wie weit das bereits in der heutigen Sitzung des Reichstag zum Ausdruck kommen wird, kann sich erst entscheiden, wenn feststehen wird, wie sich die anderen Parteien zu der Politik des Schweigens, auf die sich die Regierung zurückgezogen hat, zu stellen gedenken. Festzustehen scheint, daß das Unterwerfungstelegramm an Wilson, daß seinesgleichen in der Geschichte sämtlicher Staaten und Völker kaum findet, von amerikanischen Finanzagenten, die sich z. Z. in Berlin befinden, entworfen und als besonders wirksam empfohlen worden ist. Es handelt sich um über Herren, die sich mit dem Projekt einer amerikanisch-deutschen Anleihe befassen. Das Telegramm ist im Wortlaut des Entwurfs abgesandt worden. In durchaus ernsten parlamentarischen Kreisen hält man den Gesundheitszustand des Außenministers Dr. Simons für außerordentlich bedenklich und zwar nennt man ein bestimmtes Uebel, das im allgemeinen als Begründung sogenannter Gesundheitsrücksichten nicht gerade gewählt zu werden pflegt.

Die „Berater" des Auswärtigen Amtes.

Der Berlin. Korrespondent des „Newyork Herald" teilt mit, daß Dr. Simons im Begriffe ist, sein Portefeuille zu verlieren, weil er mit den Amerikanern Lafayette, de Freize, Helm (beide aus Newyork), Dr. Moldenki und Ludwig Höfler, St. Francisco über die Absendung der Note nach Amerika beraten habe. Diese Herren befanden sich seit zwei Wochen in Paris und verhandelten mit deutschen Finanzmännern wegen der Gewährung des Kredits von einer Milliarde Dollar in Rohmaterialien. Diese sind auch dafür verantwortlich, daß Dr. Simons das deutsche Volk der Entscheidung des Präsidenten Harding unterwirft. Sie hätten Konferenzen mit dem deutschen Auswärtigen Amt und der amerikanischen Mission in Berlin gehabt. Ein derartiger Vorgang sei in der Geschichte des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches noch nicht vorgekommen. Insbesondere hätten die Amerikaner sich des Umstandes schuldig gemacht, daß sie die deutsche Note einem amerikanischen Journalisten übergaben.

Abg. Lersner über den Simonsschen Antrag an Amerika.

Abg. Frhr. v. Lersner führte in einer öffentlichen Versammlung in Lübeck über den Schritt der deutschen Regierung an Amerika folgendes aus: Ueber die Form unseres Antrages an Amerika werde ich niemals hinwegkommen, selbst wenn wir zu einem uns befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen gelangen sollten. Die Sprache der Simonsschen Note ist so jeden Stolzes, jeden Mutes bar, daß jeder Deutsche sie als Fleck auf seiner eigenen Würde fühlen muß. Bei unserer unendlich großen Not, ist für einen deutschen Staatsmann vor allem eins heilige Pflicht: Deutsche Würde zu bewahren und das deutsche Nationalgefühl zu stärken. Der Reichsminister Dr. Simons hat schwer gefehlt. Er wird die Folgen tragen müssen.

Reichstagspräsident Löbe über die Wiedergutmachungsfrage.

Der „Vorwärts" bringt eine Meldung der „Breslauer Volkswacht", in der der Reichstagspräsident Löbe für seine Person Stellung nimmt zu den bevorstehenden Entscheidungen des Reichstages in der Wiedergutmachungsfrage. Ich bin der Ansicht, so bemerkt Löbe, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Stimme zu so weitgehenden Verpflichtungen nur dann geben kann, wenn die Ueberzeugung dieser Notwendigkeit über den Rahmen der eigenen Partei auch über die jetzige Koalition hinaus rechts und links geteilt wird. Die unabhängige Sozialdemokratie hält die Unterschrift für nötig, aber auch die Deutschnationalen müssen vor die Frage gestellt werden, ob sie lieber die angedrohten Sanktionen in Kauf nehmen als weitere Zugeständnisse zu machen. Die furchtbaren Lasten der Zukunft müssen vom ganzen Volke getragen werden. Es darf kein Zusland eintreten, daß eine Partei der anderen, eine Volksgruppe der anderen den Vorwurf macht, sie habe vermeidbare Lasten auf den Rücken des Volkes gelegt, neue Demütigungen auf sich genommen.

Rücktrittsabsichten des Staatssekretärs Bergmann.

Pariser Zeitungen melden, daß Staatssekretär Dr. Bergmann sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Die Nachricht ist halbwahr. Ein formelles Abschiedsgesuch hat bisher der Reichsregierung noch nicht vorgelegen. Es sind Bemühungen im Gange, Bergmann zu einer Aenderung seines Entschlusses zu bringen.

* * *

Polnische Sabotage.

In ihren Versuchen, das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien möglichst in seiner Auswirkung zu vereiteln, haben jetzt die Polen zu einem unerhörten Mittel gegriffen: Auf dem linken Oderufer hat eine „Volksabstimmung" stattgefunden, die auf erklärliche Weise, da kein Deutscher sich an ihr beteiligte, eine ungeheure Mehrheit für Polen ergab; so stimmten im Kreise Rosenberg für Polen alle außer vier Gemeinden, im Bezirk Oppeln von 104 Gemeinden 86. Diese famose Volksbefragung war inszeniert vom „Komitee zum Schutze der westlichen Gebiete in Oberschlesien". In jedem Ort gab eine Anzahl polnisch gesinnter Bewohner eine Erklärung ab, daß der Ort polnisch sein solle. Eine sehr einfache Lösung! Hinter dem Komitee steht der bekanntlich Graf Oppersdorff. Die neue „Abstimmung" ist natürlich bereits der Interalliierten Kommission mitgeteilt worden. Auch soll nach einer Krakauer Meldung General Le Rond das Protokoll dieser „Abstimmung" vorbehaltlos entgegengenommen haben. Die englischen Delegierten jedoch hätten erklärt, sie nähmen nur wirtschaftliche Mitteilungen entgegen.

Deutsche Glückwünsche an die Tiroler.

Der Präsident des Reichstages hat an die Landesversammlung in Innsbruck folgendes Telegramm gesandt:

Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der Volksabstimmung sendet der Deutsche Reichstag der Landesversammlung in Innsbruck brüderliche Grüße und die Versicherung des herzlichen Gemeinschaftsgefühls.

Ebenso haben die Parteileitungen der Deutschnationalen Volksparlei und der Deutschen Volkspartei Glückwunschtelegramme gesandt.

Stürmische Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland.

In Innsbruck kamen zwei mit Fahnen geschmückte Autos aus Mittenwald an, in denen Studenten saßen, die zurück aus der tirolisch-bayerischen Grenze die Grenzpfähle ausgerissen und nach Innsbruck gebracht hatten. Auch bei Reutte und Kufstein wurden die Grenzpfähle niedergeriesen. Eine große Menge folgte den Autos und brachte fortgesetzt stürmische Heilrufe auf Deutschland aus. Unter Abspannung nationaler Lieder wurden die Grenzpfähle durch die Stadt geführt.

Weitere Folgen der Bozener Zwischenfälle.

Ueber den aufsehenerregenden Zwischenfall in Bozen wird noch berichtet: Nachdem die italienische Regierung den Faszisten verboten hatte, in einer Aua nach Verona einzusteigen, gingen sie zu Fuß nach einer kleinen Station und bestiegen einen Aua, der gestern nach Verona passierte. Es waren über 200 junge Leute mit Knüteln und Revolvern bewaffnet, die eine große Trifolore mit sich führten. Auf Süd-Tiroler Gebiet kam es sodann auf einzelnen Stationen zu Zusammenstößen zwischen den Burschen und deutschen Bauern.

Nach einer noch unbestätigten Meldung sollen weitere vier Personen ihren Verletzungen erlegen sein. Das Bekanntwerden des Zwischenfalles rief auch in Innsbruck große Erregung hervor. Es fanden wiederholt Demonstrationen vor dem italienischen Konsulate statt. Die Polizei konnte aber unverletzte Handlungen verhindern.

Frankreich buhlt um die Gunst der Saarbewohner.

Das Generalsekretariat der Regierungskommission für das Saargebiet teilt mit, daß die Erhebung der 50prozentigen Einfuhrabgabe nur bei den deutschen Waren, die nach Frankreich zum Versand kommen, erfolgt. In Anbetracht der besonderen Lage des Saargebiets sei klar, daß Waren aus dem Saargebiet dieser Abgabe nicht unterworfen seien.

Einführung der Frankwährung im Saargebiet.

Die Einführung der Frankwährung im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr des Saargebietes ist in der vergangenen Woche der Saarbevölkerung offiziell bekannt gegeben worden.

Furchtbares Elend unter den streikenden Grubenarbeitern in Wales.

„Daily Chronicle" gibt eine Beschreibung des sozialen Elends, das durch den Grubenarbeiterstreik über alle Arbeiter in Südwales gebracht worden ist. Frauen verkündeten ihre Ehemänner uns in vielen Arbeiterwohnungen ist nur das Bett noch das einzige Möbelstück. An den Docks von Cardiff halten sich ungefähr vierlausend arbeitslose farbige Seeleute auf.

Der Antrag Knox vertagt?

Nach einer „Havas"-Meldung hat die amerikanische Regierung den Parteiführern des Senats mitgeteilt, sie habe den Wunsch, daß die Abstimmung über die Entschließung des Senators Knox erst nach dem 1. Mai stattfinde.

Eine neue Niederlage der Griechen.

Die Griechen sollen nach Berichten aus Angora an der Südfront im Abschnitt von Alaschahir, 125 Kilometer östlich Smyrna, eine Niederlage erlitten haben. Im nördlichen Gebiet drohten die Türken, die Eisenbahnverbindung zwischen der Aktionsbasis von Brussa und dem für die Versorgung der Griechen wichtigen Hafen von Mudania abzuschneiden.

Die Unruhen in Indien.

Der Vizekönig von Indien teilte nach London mit, daß die Lage in Indien sich verschärft habe. In mehreren Distrikten nahm die Bevölkerung gegen die Engländer Stellung. Kalkutta und Bombay stehen unter dem Ausnahmezustand.

Die Lage im Reiche.

Das Ueberschichtenabkommen gescheitert.

Die Abstimmung unter den Mitgliedern des alten Berg arbeiterverbandes über die Vereinbarungen in der Ueberschichten- und Lohnfrage ergab deren Ablehnung mit etwa Zweidrittelmehrheit, weshalb neue Verhandlungen nötig werden. Ueberschichten werden also nicht verfahren.

Das Programm der schlesischen Mittelstandspartei.

Der Parteitag der Deutschen Mittelstandspartei in Breslau nahm eine programatische Entschließung an, worin betont wird, daß die Partei auf nationalem Boden stehe. Unter anderem wird Aufhebung des Rätegesetzes, Kampf gegen die Sozialisierung und Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert.

Erzbergers Immunität aufgehoben.

Der Geschäftsausschuß des Reichstages beschloß die Aufhebung der Immunität Erzbergers für die Strafverfolgung wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht gegen 4 Stimmen.

Zur bevorstehenden Maifeier.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale fordert ihre Genossen auf, die Feier des 1. Mai zu einer wie dagewesenen Demonstration für die Solidarität der Arbeiterschaft zu machen. In dem Aufruf wird u. a. Abschaffung des Militarismus in allen Ländern, Freilassung politischer Gefangener, Sozialisierung der Produktionsmittel und Ersetzung des Kapitalismus durch die soziale Gemeinwirtschaft gefordert.

Eine bedenkliche Form der Maifeier in Berlin.

Die Berliner Kommunisten rufen zu „Massenspaziergängen" durch das Regierungsviertel für den 1. Mai auf. In Berliner Fabriken sind am Sonnabend wieder Flugblätter verbreitet worden, die zur Bewaffnung der Arbeiterschaft auffordern. Bei Spandau wurde ein Dynamitgeheimlager der Kommunisten aufgedeckt und beschlagnahmt.

Die bayerischen Demokraten gegen die Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Demokratische Korrespondenz" schreibt zur Regierungsbildung ni Preußen und in den ihr vorangegangenen Verhandlungen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Reichstagsauflösung erstrebe. Angesichts dieses frivolen Spieles werde man hoffentlich nicht davor zurückschrecken, die Brücken nach links abzubrechen. Die Grenze der Rücksichtnahme auf die sozialdemokratische Partei sei jetzt erreicht. Wolle die Partei den Kampf, der nicht dem Bürgertum als solchem gelte, sondern ein Kampf um die Futtertrippe sei, dann könne man davor nicht zurückschrecken.

Neue Absage der Unabhängigen an die S.P.D.

Die Unabhängigen haben abermals einen Vorschlag der Mehrheitssozialisten abgelehnt. in Preußen und im Reiche in ein parlamentarisches Bündnis einzugehen. Die Unabhängigen begründen diese Stellungnahme mit der Erklärung, sie lehnten es ab, die Sozialdemokraten von den belastenden Folgen ihrer Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien zu befreien.

Eine Untersuchungs-Kommission beim Reichspräsidenten.

Eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern der SPD. und USP. u. dem Vorstand des Halleschen Gewerkschaftskartells (Hesse-Schlimme), ist mit dem Reichspräsidenten in Verhandlungen getreten. Folgende Fragen sollen erörtert werden: Die Lage in Mitteldeutschland, Aufhebung der Verordnung über die Sondergerichte, die Massenentlassungen mißliebiger Arbeiter.

Die Schutzpolizei in Mitteldeutschland wird nicht vermindert.

Auf Grund der Nachrichten über neue kommunistische Umtriebe in Mitteldeutschland wird die Schutzpolizei dort zunächst in der jetzigen Stärke bleiben, besonders das Leunawerk soll weiter von ihr geschützt werden.

Das Verfahren gegen den thüringischen Polizeimajor Müller.

Gegen den Chef der Thüringer Landespolizei, Polizeimajor Müller-Brandenburg, wurde ein Verfahren eingeleitet, weil er bei der Einstellung und Beförderung Unabhängiger und Kommunisten besonders bevorzugt hat. Mehrere Angehörige der Thüringer Landespolizei werden des Hochverrats beim letzten Kommunistenputsch beschuldigt.

Das Schuldkonto eines V. K. P. D.-Vorsitzenden.

Der Vorsitzende der Großberliner Organisation der V. K. P. D. Friesland ist nicht im Zusammenhang mit dem kommunistischen Märzaufruhr verhaftet worden, sondern auf Grund einer Anklage wegen Mordes und Erpressung, die er als Vorsitzender der deutschen Kolonien in Südrußland im Jahre 1918 begangen haben soll.

Die Persönlichkeit des „Ferry" festgestellt.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den großen Unbekannten „Ferry", der in dem Prozeß der Siegesfäulenattentäter eine bedeutsame Rolle spielte, in Halle zu ermitteln. In dem dortigen Gefängnis befand sich seit dem 1. April ein Reisender Wilhelm Herina, der wegen seiner Teilnahme an den mitteldeutschen Unruhen verhaftet wurde. Herina gab sofort zu, das Attentat auf die Siegesäule vorbereitet zu haben. In Berlin sei er unter dem Namen „Ferry" aufgetreten und sei hier nur wenigen Personen unter seinem richtigen Namen bekannt gewesen.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Zwieback für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre. Ausgabestelle: Firma Mohr, Gotthardstraße. Vorher Gutschein im Rathaus. 1 Treppe, Zimmer 12/13 abholen.

* *

„Was ist uns die deutsche Vorzeit?"

* Ueber dieses Thema sprach im gestrigen leider nicht sehr antbesuchten Bildungsabend der Leiter des Provinzialmuseums in Halle, Professor Hahne. Klar und deutlich führte der Redner seine Zuhörer in die Jahrtausende vor unserer „geschichtlichen" Zeit ein. Durch Sagen ist zwar mancherlei überliefert, doch darauf fußt der wahre Forscher nicht so wie auf das, was er mit dem Spaten auffindet, auf die Kunde, die ein genaues und wahres Bild jener vorgeschichtlichen Zeit geben.

Die Eiszeit in unserer Gegend wechselte mehrere Male mit einer heißen Periode ab, während der sich die Eismassen mehr nach Norden verschoben. Wir können jedoch mit Sicherheit annehmen, daß bereits 500 000 vor Chr. Geburt menschliche Wesen existierten, die sich zwar von den heutigen Menschen gewaltig unterscheiden. Menschenriese nannte sie der Vortragende. Hierbei erklärte er die wesentlichen Unterschiede vom Mensch und Tier. Das Tier lebt noch ohne jede Instrumente, erst der Mensch fängt an, sich Instrumente zu schaffen. Mandelförmige Steine, nach der Hand geformt, sind ihre ersten Waffen. Nach kurzer Zeit, etwa 150 000 v. Chr., bildete der Mensch schon seinen künstlerischen Geschmack, bei Versammlungen, die sie in Höhlen hielten, fingen sie an, ihre Tageserlebnisse oder das, was sie beschäftigte, an die Höhlenwand zu malen. Von Vlaskik kamen sie zu Reliefdarstellungen, von da zu Zeichnungen. Später griffen sie sogar zur Farbe und malten. Es sind dies alles kindliche, naive Darstellungen, manche fast übernatürlich. — Im zweiten Teil seines Vortrages zeigte Professor Hahne an Hand von Lichtbildern solche Kunde. Zeichnungen aus Höhlen, Nachbildungen von Menschen, deren Gewänder und Schmuckstücke, die vollständig erhalten in Sümpfen und Eisenfärgen vorgefunden sind und ein anschauliches Bild jener Zeit geben. Wie viel erinnert uns doch davon an unsere Kleidung und unseren Schmuck! — Auch die Chirurgie ist damals bereits bekannt gewesen. Ein Schädel mit zwei aufgemeißelten Stellen zeigt, wie die Menschen schon vor so viel Jahrtausenden zu operativen Eingriffen Aufsicht nahmen, um Kranke zu heilen. — Starker Mut, Unerschrockenheit hat die Vorzeitmenschen ausgezeichnet; dies bewiesen ihre Kämpfe mit Bären, Büffeln u. deral. (Beweis aufgefundene Schädel.) Professor Hahne schloß mit der Hoffnung, in den Zuhörern den Wunsch, noch mehr von der Vorzeit zu erfahren, geweckt zu haben. Auch an dieser Stelle sei dem Vortragenden nochmals für seine feinen, anschaulichen Ausführungen herzlich gedankt.

Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr.

* Für gestern Abend hatte das Kommando der hiesigen Feuerwehr zur diesjährigen Frühjahrs- und Hauptversammlung nach der „Grünen Linde" eingeladen. Der Saal war recht gut besetzt, als gegen ½9 Uhr der Branddirektor Hirschfeld die Versammlung eröffnete und die Erschienenen herzlich begrüßte. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen und Verlesung der Niederschrift der letzten Versammlung wurde nach Erstattung des Kassenberichtes durch den Kassierer E. Menzel diesem Entlastung erteilt. Unter Punkt 4 der Tagesordnung verlas der Korpsadjutant, Herr Sekretär Schulz, den ausführlichen Jahresbericht, der von der vielseitigen und umsichtigen Tätigkeit der Wehr beredies Zeugnis ablegte, obwohl die Wehr im vergangenen Jahre nur zweimal zu Bränden gerufen wurde. Alsdann machte der Branddirektor zur allgemeinen Freude und Ueberraschung die Mitteilung, daß es ihm durch besondere Umstände möglich sei, heute Abend jedem Mitglied der Wehr (und den Presseveertretern!) — ein Paar Freiwürstchen übergeben zu können. Diese Mitteilung fand den ungeteilten Beifall der Versammlung, und die danach eintretende Pause von 10 Minuten wurde zum ungestörtem Versammlungsschmaus benutzt. Die weiteren Tagesordnung brachte dann einen Bericht des Korpsadjutanten über den demnächst in Weimar stattfindenden Thüringer Feuerwehrverbandstag, zu welchem auch das Merseburger Korps seine Vertreter entsenden wird. Eine längere Aussprache nahm die Benutzung des im Vorjahre neu angeschafften Rauchschutzapparates in Anspruch; der Branddirektor mahnte die Mitglieder zur eifrigen Benutzung desselben bei den Uebungen, damit bei den ausbrechenden Bränden sicher mit der Handhabung des wichtigen Apparates ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0002

traut sei. Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen schloß der Branddirektor nach ¾11 Uhr die Versammlung, die in so äußerst harmonischer, kameradschaftlicher Weise verlaufen war, zumal auch für den musikalischen Teil aufs beste gesorgt war.

Verbandstag der mitteldeutschen Glaser.

* Der Verband der Glasereiinhaber Mitteldeutschlands und der Verband der Glaserinnungen Thüringens, Anhalts und der Provinz Sachsen hielten in **Halle** ihren Verbandstag ab. Ziel der Verhandlungen war, bei den Großhändlervereinigungen Vorzugspreise durchzusetzen und gemeinschaftlich mit ihnen dem Schleuderwesen im Glaserhandwerk zu begegnen. Eine Obermeisterversammlung, die man in Gotha abhalten will, soll sowohl mit den Tafelgroßhandels- wie den Spiegelglasgroßhandelsvereinigungen Vereinbarungen treffen, damit den Glaserinhabern die gleichen Rabatte eingeräumt werden wie dem Verband der Glasversicherungsgesellschaften Deutschlands. Der Glasgroßhändlerverband Bezirk 3 hat dem Verband der Glaserinnungen 13 000 *M* zur Stärkung der Ausgleichskasse überwiesen. Auf der deutschen Glaserfachversammlung in Hannover am 20. und 21. Juni will man einen Antrag auf Aufhebung des § 100 der Gewerbeordnung stellen, der den Zwangsinnungen bisher die Preisfestsetzung verbietet. Der nächste Bezirksverbandstag soll in Gotha abgehalten werden.

Neuer Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes.

* Der Magistrat hat am 12. April d. J. an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Wölfel den Stadtrat **Kleim** zum Vorsitzenden des hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes gewählt. Die Verpflichtung desselben hat am 22. April d. J. stattgefunden.

Neufestsetzung der Höchstmieten.

* Der Magistrat hat als **Höchstsatz für Mietzinssteigerungen** bei Mietsräumen im Stadtbezirk Merseburg einen **Zuschlag** von 35 Proz. zu der Miete vom 1. Juli **festgesetzt**. Die Mieter haben außerdem die baren Auslagen für Wasserverbrauch, Müll- und Ascheabfuhr, Schornsteinreinigen und die Kanalbenutzungsgebühren anteilig zu tragen.

Dem Mietseinigungsamt ist die Befugnis eingeräumt, im Einzelfall dem Vermieter auf seinen Antrag für einen fest zu bestimmenden Zeitraum einen über die festgesetzte Höchstgrenze hinausgehenden Zuschlag zur Miete zuzubilligen, wenn er nachweist, daß er sonst unverschuldete Zubußen leisten müßte, wie z. B. infolge notwendiger baulicher Instandsetzungen oder Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Abgaben.

Religionsunterricht.

* Nach einem ministeriellen Erlaß sind in Preußen fortan die Erziehungsberechtigten am Beginn jedes Schuljahres von der Schule zu verständigen, wenn Fälle von Befreiung religionsmündiger Schüler und Schülerinnen vom Religionsunterricht vorliegen.

Wieviel Lehrer und Schüler nehmen nicht am Religionsunterricht teil?

* Darüber sagt der preußische Unterrichtsminister in einem Aufsatz: „Zwei Jahre Kulturpolitik“: Seit dem Frühjahr 1919 schon ist die völlige Freiheit für Erteilung des Religionsunterrichts allen preußischen Schülern und Lehrern gewährleistet. Von den Lehrern haben etwa 7000, von den Schülern nur bis 2 v. H. von dem Rechte, den Religionsunterricht abzulehnen, Gebrauch gemacht.

Der Verband der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen

und in den Staaten Anhalt und Braunschweig hält am 28. April im Stadtverordnetensaal zu Halle eine außerordentliche Versammlung ab, in der u. a. über die Neuregelung der Beamtenbesoldung, die Lohnbewegung in den Gemeinden und Verbänden verhandelt werden soll.

Ausweise für städtische Beamte und Beauftragte.

* Sämtlichen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die in dienstlicher Eigenschaft nach Privatwohnungen oder Geschäftsräumen entsandt werden, sind laut Anzeige des Magistrats in der heutigen Nummer unserer Zeitung Ausweise mit dem Dienststempel des Magistrats ausgehändigt worden. Die Inhaber diser Ausweise müssen sie stets vor Betreten der Wohnung vorzeigen. Die Einwohnerschaft wird gebeten, niemanden, der behauptet, städtischer Angestellter zu sein, ohne einen derartigen Ausweis den Zutritt zu Privat- u. Geschäftsräumen usw. zu gestatten.

Oberschlesierversammlung.

* Morgen (Mittwoch) abend findet um 8 Uhr im „Neuen Schützenhaus“ eine Versammlung der Oberschlesier statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ein Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Halle.

** Halle, 26. April. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wird jetzt dem mitteldeutschen Industriegebiet seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Zu diesem Zwecke ist seit gestern in Halle ein Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für Mitteldeutschland errichtet worden, welches mit mehreren Beamten besetzt ist. Das Sekretariat befindet sich Leipzigerstraße 86 I, (Fernruf Nr. 1453), es wird ihm auch eine **Rechtsauskunftsstelle** angegliedert werden. Der Versuch, die Arbeiterschaft gerade des blutroten Mitteldeutschlands der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen und damit der sozialistischen Verhetzung und dem kommunistischen Terror zu entreißen, ist der beste Beweis für die Kraft und Stärke des Verbandes und wird hoffentlich von gutem Erfolg begleitet sein. Jedenfalls werden weite Kreise der besonnenen Arbeiter es mit Freuden begrüßen, daß die christlichen Gewerkschaften nunmehr auch in unserer Provinz ihre Arbeit aufnehmen.

Etwas vom verflossenen Stadtrat Osterburg.

** **Halle**, 26. April. Ueber den verflossenen Stadtrat Osterburg weiß die mehrheitssozialistische „Volksstimme“ folgendes Geschichtchen zu erzählen: „Eines Vormittags stand Osterburg auf Bahnsteig 3 des Hauptbahnhofes, um nach Magdeburg zu fahren. Dasselbe beabsichtigte ein hiesiger höherer Beamter. Er kannte Osterburg, kam mit ihm ins Gespräch und erfuhr, daß Osterburg den Oberpräsidenten besuchen wolle. Dem Beamten saß der Schalk im Nacken. Er kannte seinen Osterburg und raunte ihm zu: „Wo denken Sie hin! Sie kennen den noch nicht. Wenn der sie sieht, läßt er Sie sofort festnehmen. Nach Halle zurück kommen Sie nicht mehr!“ Osterburg verstummte. Der Zug rollte heran, aber Held Osterburg wollte nicht mit. Er war schon vorher verschwunden und nach Hause gefahren. Hier packte er schleunigst seine Siebensachen zusammen, vertraute den Nächststehenden unter dem Siegel tiefster Verschwiegenheit an, er habe von der Polizei einen Wink über seine bevorstehende Verhaftung bekommen, und wenige Stunden später hatte Halle seinen Stadtrat verloren, der das Holzlager so mustergültig verwaltet hat.“

Letzte Depeschen

Der unerhörte deutsche Reparations-Vorschlag.

Berlin, 26. April. Die deutsche Note an Amerika erkennt eine Reparationsverpflichtung in Höhe von **50 Milliarden Goldmark** an u. will den Wert dieser Summe im Rahmen der Leistungsfähigkeit in Annuitäten mit insgesamt 200 Milliarden Goldmark zahlen, für welchen Zweck es eine interalliierte Anleihe unter eigener Beteiligung auflegt, deren Ertrag den Alliierten zufließt. Die Restsumme will Deutschland durch Sachleistungen und Mitarbeit am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete abtragen. Ferner will Deutschland der Reparationskommission alsbald eine Milliarde Goldmark in Gold, Silber, Devisen und Reichsschatzwechseln zur Verfügung stellen und endlich alliierte Schulden an Amerika auf sich nehmen. Mit Annahme dieser Vorschläge entfallen alle sonstigen Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Deutschland ist bereit, Aenderungsvorschläge oder andere Vorschläge der alliierten Regierungen entgegenzunehmen.

Wie über die deutschen Vorschläge verhandelt werden soll.

London, 26. April. Reuter meldet, es erscheine sicher, daß der **Oberste Rat** am nächsten Sonnabend in **London** und nicht in Paris zusammentreten werde. „Morning Post“ meldet aus Washington, daß die interalliierten Regierungen und nicht die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit entscheiden werden, ob die neuen deutschen Reparationsvorschläge eine geeignete Grundlage für die Wiederaufnahme von Verhandlungen bilden. Wenn die deutschen Vorschläge vom Präsidenten und dem Staatssekretär Hughes geprüft worden seien, werde der Staatssekretär sie dem britischen und dem französischen Botschafter zur Information und Ansicht unterbreiten. Wenn die Vorschläge derartig seien, daß es der britischen und der französischen Regierung nicht angängig erscheinen würde, sie entgegenzunehmen, würde die deutsche Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden, daß sich der amerikanische Präsident nicht für befugt halte, die Vorschläge den Alliierten zu unterbreiten. Sowohl Harding als auch Hughes seien entschlossen, sich in keiner Weise von Deutschland zu Vorspanndiensten benutzen zu lassen.

Diely Telegraph“ sagt weiter: Die britisch Regierung betrachtet die Frage der 600 Millionen Pfund, die am 1. Mai fällig sind, als untergeordnet. Sie berechtige nicht dazu, unmittelbar nach dem festgesetzten Zeitpunkt Zwangsmaßnahmen eintreten zu lassen, wenn Deutschland in der Zwischenzeit ein befriedigendes Angebot auf der allgemeinen Grundlage des Pariser Abkommens gemacht habe.

Kein eigenmächtiges militärisches Vorgehen Frankreichs?

Keine Zurückweisung der Wiederaufbaunote.

Genf, 26. April. Aus Zeitungsmeldungen läßt sich erkennen, daß Briand das deutsche Programm für den Wiederaufbau **nicht** wieder kurzerhand zurückgewiesen hat. Er hat gegen die Verwendung deutscher Ingenieure und Techniker in Frankreich keine Einwendungen mehr gemacht und sich bereit erklärt, deutsche Materiallieferungen nach estlegung bestimmter Grundsätze für die Berechnung ihres Wertes zuzulassen. Briand hat sich damit zufrieden geben müssen, das Ruhrgebiet nicht schon am 1. Mai automatisch zu beschlagnahmen, sondern erst, wenn ein Einvernehmen mit Deutschland nicht zustande kommt. Die französische Regierung scheint im Gegensatz zur nationalistischen Presse den Gedanken an ein eigenmächtiges militärisches Vorgehen aufgegeben zu haben.

Eine ausweichende Antwort Lloyd Georges.

Paris, 26. April. Im Unterhaus erklärte **Lloyd George** u. a.: Die neuen deutschen Vorschläge sind noch nicht eingegangen, aber wenn sie nicht befriedigend sind, wird die englische Regierung auf der nächsten Konferenz Frankreich bei seinen Vorschlägen betreffs **Besetzung des Kohlengebietes von Westfalen unterstützen**. Der Liberale Hogge fragte: Hat das Unterhaus dies so aufzufassen, daß wir uns, ohne zu wissen, welches die deutschen Vorschläge sind, **im voraus** verpflichtet haben, die französische Regierung bei der Besetzung des Kohlengebietes zu unterstützen? Lloyd George erwiderte: Ich kann der Auskunft, die ich dem Hause nach voller Ueberlegung gegeben habe, nichts weiter hinzufügen.

Die deutsche Note noch nicht in den Händen der amerikanischen Regierung?

Washington, 26. April. Hughes hatte (entgegen anderslautenden Meldungen die Red.) die deutsche Note noch nicht erhalten, als er gestern abend sein Amt verließ. Es wird angenommen, daß irgendeine Verzögerung in der Uebermittelung eingetreten ist.

Das Auslieferungsverlangen der Rheinlandkommission.

Köln, 26. April. Die Rheinlandskommission hat bekanntlich gefordert, daß eine Reihe von Deutschen aus dem besetzten Gebiet ausgeliefert werden, widrigenfalls der Reichskommissar am 28. April aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werde. Die Reichsregierung steht jetzt auf dem Standpunkt, dem Auslieferungsverlangen nachzukommen, soweit dies auf Grund des Rheinlandsübereinkommens berechtigt ist, nach dem die Auslieferung solcher Personen vorgesehen ist, die sich gegen Leben und Eigentum der Besatzungstruppen vergangen haben.

165 Millionen Mark Defizit aus einem Lebensmittelgeschäft des Reiches.

Berlin, 26. April. Der Reichsrat bewilligte eine Ausgabe von **165 Millionen Mark** zur Deckung von Verlusten des Reiches aus einem Lebensmittelgeschäft der Eisenbahndirektion Elberfeld mit der belgischen Regierung. Der Ausschuß des Reichsrates hat sich sehr eingehend mit der Angelegenheit befaßt, und wenn auch danach der Ausschuß die Sache jetzt in einem etwas milderen Lichte ansieht, so konnte er doch seine Bedenken nicht unterdrücken, und hat diese Bedenken im Protokoll niedergelegt.

Das deutsch-russische Handelsabkommen.

Berlin, 26. April. Nach Mitteilung aus Kreisen der hiesigen Sowjetvertretung regelt das den beiden Regierungen jetzt vorliegende russisch-deutsche Handelsabkommen die Kriegsgefangenenfrage und die Rechte der Vertretungen und der einzelnen Angehörigen der beiden Länder. Es sichert die Unantastbarkeit des in Rußland eingeführten oder dort erworbenen Vermögens zu sowie die Freizügigkeit für alle Deutschrussen, die die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen.

Das Wahlergebnis zum niederoesterreichischen Landtag.

Wien, 26. April. Bei den Wahlen zum niederösterreichischen Landtag, der 60 (bisher 52) Abgeordnete zählt, erhielten die **Christlichsozialen** 32 (bisher 26), die **Sozialdemokraten** 22 (bisher 20), die **Großdeutschen** 6 (bisher 6) Sitze. Das Verhältnis der Parteien und auch die Zusammensetzung der nach dem Proporzverfahren zu wählenden Landesregierung bleiben unverändert.

Die glänzende Finanzlage Englands.

London, 26. April. Chamberlain bezeichnete im Unterhaus bei Einbringung des Budgets **England** als das erste Finanzzentrum der Welt. Es dürfe sich aber nicht in kriegerische Abenteuer oder solche der Menschenliebe einlassen, ohne sicher zu sein, daß diese Abenteuer ertragreich im strengsten Sinne des Wortes waren. England habe alle seine Schulden an Japan, Spanien, Holland usw. bezahlt. Es blieben nur noch die Schulden an Amerika, Kanada und die kleine Schuld an Schweden übrig, die jedoch auch zur Hälfte zurückgezahlt werden könnten. Die Einahmen im neuen Finanzjahr seien **größer** als die Ausgaben.

Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 26. April. Gegenwärtig stehen 44 Bergwerke unter Wasser, die sonst mehr als 16 000 Leute beschäftigten.

Aus Provinz und Reich

Kleine Tagesnachrichten.

Die im Landeswahlverband vereinigten bürgerlichen Parteien der Stadt **Blankenburg** haben an die Herzogin von Braunschweig anläßlich des Todes der Kaiserin eine Beileidsadresse gesandt, zu der über 800 Unterschriften gesammelt worden sind. — Die Direktion der **Halberstadt-Blankenburger** Eisenbahn hat beschlossen, den Betrieb auf der Strecke Miesleben—Derenburg mit Ende des Monats einzustellen. Auf der Strecke Derenburg—Langenstein wird der Verkehr so eingeschränkt werden, daß täglich nur ein Zugpaar verkehrt. — Im Staat **Altenburg** zeigt es sich, nachdem die Ergebnisse der letzten Volkszählung endgiltig festgestellt worden sind, daß die Bevölkerung seit der vorletzten Zählung um 4 490 Personen abgenommen hat: d. h. etwas mehr als 2 Prozent. In den Städten beträgt die Abnahme vier oder sechs, in Roda sogar über 10 Proz. — Der Rat der Stadt **Leipzig** beschloß den Bau einer Großmarkthalle am Bayrischen Bahnhof mit Schaffung einer Gleisanlage und eines offenen Marktgeländes. Hierfür ist ein Aufwand von 9 420 000 *M* erforderlich. — Knechte des Domänenrats Loth in **Wandersleben** waren damit beschäftigt, an einem etwa 1500 Zentner haltenden Schober Stroh abzufahren. Dabei klopfte einer der Leute seine Tabakspfeife auf dem Schober aus. Dieser ging bald darauf in Flammen auf. An ein Retten war nicht zu denken.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr

Vom Effektenmarkt.

In der vergangenen Woche konnte der Effektenmarkt aus dem Steigen der Devisenkurse angesichts der fast verzweifelt zu nennenden politischen Situation dieses Mal nicht die gewohnte Anregung schöpfen. Der Gedanke an eine Beschlagnahmung der Industrieeffekten durch die Reichsregierung für die Zwecke der Wiederautmachungsschuld läßt, obwohl dieser Plan ohne weiteres garnicht als durchführbar erscheint, keine Meinung für größere Käufe aufkommen. In seltenen Einzelfällen konnten sich einige Spezialwerte dieser schwachen Tendenz entziehen. Die Haussepartei manöveriert zurzeit wieder viel mit dem Mark-Fluchtgedanken und glaubt auf Grund der weiteren Entwicklung der Reichsmark mit einer neuen Katastrophenhausse rechnen zu können. Diese Meinung findet aber, wie die Vorgänge auf dem Effektenmarkt gezeigt haben, wenig Verständnis, solange die Zukunftsaussichten der Industrie unklar sind. Man sieht zwar von großen Verkäufen ab, nimmt aber neue Anlagen in Devisen, Banknoten oder Valutaeffekten vor. Obwohl sich von letzteren Mexikaner-Anleihen, Deutsche Uebersee-Aktien und Baltimore-Shares durch feste Haltung auszeichnen, läßt sich doch feststellen, daß sie der Kursbewegung am Devisenmarkt nicht völlig zu folgen vermochten, da mit der Gefahr einer Beschlagnahme gerechnet zu werden scheint. Ebenso ist in der gleichen Richtung die Feststellung von Interesse, daß im Gegensatz zu früher die Notenkurse fast durchweg über den Devisenkursen lagen. Daß diese Erscheinung in besonders hohem Grade bei den Devisen der Alliierten zu beobachten war, begründet die Annahme, daß in gewissen Kreisen des Publikums vor der Beschlagnahme deutscher Guthaben besteht, sodaß man in den Noten einen sicheren Besitz zu haben glaubt. Diese Befürchtung ist schon deswegen unberechtigt, weil alsdann die Mark unverkäuflich sein würde und jeder Handel des Auslandes mit Deutschland aufhören müßte.

Die gestrige Börse hatte ein wesentlich freundlicheres Aussehen, da man hofft, daß das Angebot Deutschlands in der Reparationsfrage den Anlaß zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Entente geben wird. Die Umsätze waren nicht erheblich, da der größte Teil des Publikums sowie die Börseninteressenten bis zu einer Klärung der außerpolitischen Lage Zurückhaltung üben.

Vom Gewürzmarkt

Außer in Vanille ist die Nachfrage nach Gewürzen aller Art weiter ruhig und die Preise blieben ziemlich unverändert. Für die nächste Zeit erwartet man neue Einfuhrbewilligungen und verhalten sich die Käufer abwartend. Für reguläre Mengen (ganze Säcke) verzollt ab Lager Hamburg notierten für 1 Pfund Pfeffer schwarz ganz 7.25 *M* gemahlen 8.75—9 *M*, do. weiß ganz 13.25 *M* gemahlen 14.50 *M*, Vanille Bourbon 190 *M*, do. Tahiti 140 *M*, Zimt 8 *M*, Nelken ganz 14 *M* gemahlen 15 *M*, Piment ganz 6.75 *M* gemahlen 8.25 *M*, Kümmel deutscher 4 *M* holländer 4.25 *M*.

Verantwortliche Redaktion: Politik, Oertl. und Prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck- und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. März 1921 wird in Abänderung meiner Verordnungen vom 24. März 1921 — P. T. 218/21 — und vom 27. März 1921 — P. D. 235/21 — für das Gebiet der Provinz Sachsen angeordnet:

§ 1.

Das Verbot zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel sowie Umzügen wird für den 1. Mai in der Zeit von 5 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends aufgehoben.

§ 2.

Die Partei- bezw. sonstige Vereinsvorstände, Einberufer oder Leiter von Versammlungen und Umzügen sind für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und für die Vermeidung jeder Verkehrsstörung verantwortlich.

Desgleichen sind sie neben den Rednern verantwortlich, falls letztere in ihren Ansprachen zum Sturz der Republik und zum Widerstand gegen die Staatsgesetze und zum politischen Streik auffordern.

§ 3.

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte der Polizeipräsident von Magdeburg, der Polizeidirektor von Halle und die Polizeiverwaltung Erfurt sowie die Landräte werden ermächtigt, in Gemäßheit des § 1 dieser Verordnung unter den in § 2 enthaltenen Bedingungen bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge zu gestatten, sofern diese weder politische noch wirtschaftliche Zwecke verfolgen. In diesen Fällen behalte ich mir die Entscheidung vor.

§ 4.

Wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung oder eines Umzuges nicht mit der gebotenen Sorgfalt die Beobachtung der im § 2 angeführten Anordnungen durchführt, ferner wer als Teilnehmer einer Versammlung oder eines Umzuges sich nicht den Anordnungen der Einberufer oder Leiter der Versammlung oder Umzuges fügt, wird, sofern nicht nach den geltenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Magdeburg, den 21. April 1921.

Der Oberpräsident u. Regierungskommissar
gez.: Hörsing.

Veröffentlicht.
Merseburg, den 23. April 1921.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Lehnsdorf.

Ausweise für städtische Beamte und Beauftragte.

Sämtlichen städtischen Beamten, Angestellten u. Arbeitern, welche in dienstlicher Eigenschaft nach Privatwohnungen oder Geschäftsräumen entsandt werden, sind Ausweise mit Unterschrift und Dienstsiegel des Magistrats und eigenhändiger Unterschrift des Inhabers versehen, ausgehändigt worden. Die Inhaber sind angewiesen, ihre Ausweiskarten **ohne Aufforderung vor** Beitreten der Wohnung vorzuzeigen.

Die Einwohnerschaft wird im eigensten Interesse dringend gebeten, niemanden, der behauptet, städtischer Beamter, Beauftragter, Angestellter oder Arbeiter zu sein, **ohne einen derartigen Ausweis den Zutritt zu Privat- oder Geschäftsräumen, Grundstücken, Fluren usw. zu gestatten.**

Merseburg, den 25. April 1921.

Der Magistrat.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen der Firma **Franz Haluscak G. m. b. H., Möbeltransport- u. Speditionsgeschäft in Merseburg** wird heute am 9. April 1921, vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Da der Inhaber der Firma, **Franz Sonntag in Meuschau**, den Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt und die Zahlungsunfähigkeit der Firma dargetan hat.

Der Kaufmann **Otto Albert in Merseburg** wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 30. April 1921 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 4. Mai 1921, vormittags 10 Uhr

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderung auf

den 25. Mai 1921, vormittags 10 Uhr

— vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, f. welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. April 1921 Anzeige zu machen.

Amtsgericht in Merseburg,
gez.: Lüttig.

Gebrauchter
Schreibtisch
mit mögl. **großer Schreibplatte** zu kaufen gesucht.
Angebote u. Schreibtisch an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ein Paar
Damenhalbschuhe
getragene, Größe 38½ **gegen kleinere** Nummer **zu tauschen** gesucht.
Zu erfragen in der Exped. dieses Blattes.

Geschlechts-
kranke jeder Art (Harnröhrenleiden frisch und spez. veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß) wenden sich sofort vertrauensvoll an **Dr. med. Damman's** Heilanstalt, **Berlin S 102** Potsdamerstr. 123 B. Sprechstund.: 9—11 u. 2—4, Sonnt. 10—11 Uhr. Belehrende Broschüre mit tausenden freiw. Dankschreiben und Angabe bewährter Heilmittel (ohne Quecksilber u. andere Gifte, ohne Einspritz., ohne Berufsstör.) gegen 1.— Mk. diskret in verschl. Kuvert ohne Absender. Leiden genau angeb.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. Versandh. **Hofmann** Fürth in Bayern Weiherstr. 8.

Wir geben unsere Vermählung bekannt.

Architekt Dipl.-Ing.
Paul Hetzer u. Frau
Aenne geb. Molde.

Merseburg, 26. April 1921.
Ober-Altenburg 13.

Wegen Aufgabe
der
Leipziger Möbelhallen
Karl Max Raschig,
Tauchaerstr. 32,
(Battenberg)
in Leipzig
Möbel
enorm billig!

Schlossgartensaal.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 Uhr:

Schumann-Abend

der Sängerin Frau A. Spalwingk
und des Kapellmeisters G. Spalwingk

Vorverkauf in der Buchhandlung des Herrn Stollberg. — Eintrittskarten zu Mk. 8.— und Mk. 5.— einschliesslich Steuer.

Schuhwarenlager

Gotthardtstr. 32 Inh.: Willy Ehrentraut Gotthardtstr. 32

empfiehlt sein **reichhaltiges** Lager in nur

guten Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder in braun und schwarz
zu äußerst billigsten Preisen.

Neu eingetroffen:

Extra starke Ledersandalen für Kinder
Größe 27/35 Mk. 42.— und 38.—

Segeltuch-Straßenschuhe mit reiner Ledersohle
Größe 25/35 Mk. 28.— 24.— 18.—

Ratskeller = Restaurant.

Mittwoch, den 27. April

Letztes Mittwochs-Konzert

Walzer- und Operetten-Abend.

Die Sonntagskonzerte finden noch bis zu Pfingsten statt.

Otto Kießler.

Strandschlösschen.

Mittwoch, den 27. ds. Mts., von 7 Uhr ab:

Großer Ball

Görlach-Orchester. H. Wilfroth.

Ia. Speisekartoffeln
Up to date
ab Lager und frei Haus, jedes Quantum liefert
Fr. Freygang, Gr. Ritterstraße 7. Telefon 424.

Suche
Landgasthof
sofort zu kaufen; evtl. pachten. Schöne Wohnung in Jena kann **getauscht** werden.
Off. unter **Sch. F. 2** postlagernd Jena erbeten.

Sport-, Ball- und Garten-Lokal
„Funkenburg“
Morgen von 7 Uhr ab der
Beliebte Mittwoch-Ball
verbunden mit Freitanz.

Infolge großer Lagerbestände ist eine Anzahl neuer

Drehstrom = Motore

in den Größen von ½—50 PS weit unter Tagespreis abzugeben.

Paul Rudolph, Elektr. Inst. Büro.
Lindenstraße 6. Telephon 601.

Gemüse-Pflanzen
empfiehlt
Albert Trebst
Nordstr. 2 Entenplan 3

Casino

Mittwoch,
den 27. April
Gr. Ball
Görlach-Orchester

Torpedo
modernste
Schreibmaschine
Vertretung
Gustav Engel Söhne, Merseburg
Tel. **203.**

Wunderbar ist Astrologie.
Ich gebe Damen u. Herren Aufklärung über das ganze Leben, Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft, Eheleben, Charakter, Heirat, Glück, Reichtum. Ausführl. Horoskop Mk. 10.—.
Man verlange Gratis-Prospekt.
Max Curt, Hamburg 11
Postfach 26.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Die Erneuerung der Lose zur 5. Klasse 17.(243.) Lotterie hat bis Mittwoch, den 4. Mai, abends 6 Uhr, zu geschehen.

Hallesche Straße 25.

Stadttheater Halle.

Mittwoch, abends 7 Uhr:
Alt-Heidelberg.
Donnerstag, abds. 7 Uhr:
Das Glück im Winkel
Freitag abends 7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.
Thalia-Theater.
Freitag, abends 7 Uhr:
Rose Berndt.
Sonnabend, abds. 6½ Uhr:
Lohengrin.
Thalia-Theater.
Sonnabend, abds. 7 Uhr:
Rose Berndt.

Zum Bau einer Arbeiterbaracke

Gelände gesucht

½ Morgen oder größer, Nähe Leunawerk.

Gefl. Offerten mit genauer Angabe über Lage und Preis erbeten unter **L. 67/22** an die Expedition dieses Blattes.

In das Genossenschaftsregister Nr. 24 betr.: Ländliche Spar- und Darlehnskasse Schkopau und Umgegend, eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht, Schkopau ist heute folgendes eingetragen: **§ 17 Abs. 1:** der Betrag, bis zu welchem sich die einzelnen Genossen mit Einlagen beteiligen müssen, der Geschäftsanteil, wird auf 50 M festgesetzt. **Absatz 4:** Auf je 5000 M steuerlich veranlagtes Vermögen (Reichsnotopfer, Besitzsteuer), welches ein Mitglied nachzuweisen vermag, ist ein Geschäftsanteil zu erwerben. Das Recht dem einzelnen Mitgliede Geschäftsanteile zuzubilligen, bleibt dem Vorstande vorbehalten. **Abs. 6:** Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt 200. **§ 14 Abs. 6:** Jedes Mitglied der Genossenschaft hat die Pflicht: für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft sowohl dieser, wie unmittelbar den Gläubigern derselben gegenüber bis zum **Betrage** von je fünfhundert Mark (500) (Haftsumme) für jeden erworbenen Anteil nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu haften (beschränkte Haftpflicht). **§ 6 Abs. 2:** Sie sind in den „Genossenschaftlichen Nachrichten“ des Verbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften der Provinz Sachsen und der angrenzenden Staaten zu Halle (Saale), eingetr. Verein, aufzunehmen. § 28 Abs. 5: ist zu streichen.

Merseburg, 19. April 1921.
Das Amtsgericht.

Einige Wagenlackierer, ledig, in gut bezahlte Dauerstellung gesucht.
Fahrzeug-Werke
:: Jonitz-Dessau ::

---

20 % Prov.
zahlen wir Vertretern für den Verkauf **uns. Wundertrichters,** der das Ueberlaufen der Flüssigkeiten verhindert.
Leven & Nordmann
Charlottenburg
Kaiser Friedrichstraße 17.

Aelteres, erfahrenes
Mädchen
findet Dauerstellung.
Gute Behandl. zugesichert.
Pfarrhaus Olbersleben
(S.-W.)

Ziehung 12.—14. Mai
Deutschlands Spende
Geld-Lotterie
10 836 Gew. ohne Abzug Mk.
250 000
Haupt-gewinne **75 000**
30 000
Lose à Mk. 4.— Porto mit Liste Mk. 1.50 mehr.
Notgeldscheine
f. Sammler. Verzeichn. gratis.
Emil Stiller, Bankhaus,
Hamburg, Holzdamm 39.
Nachnahme zu teuer, mögl. Postscheck 20016 zu benutzen.

Rhein.-Pferde- u. Vieh-Versicherungs-Gesellschaft a. G., zu Cöln (Rhein).
versichert
bei höchster Entschädigung zu fester, billiger Prämie
Trächtige Stuten
gegen die Folgen der Trächtigkeit und Geburt einschließlich der Fohlen und der Koltkschäden.
Versicherungsanträge sind an die **Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zu Halle a. S.,** zu richten, welche auch jede weitere Auskunft erteilt.

Chemiker Sünderkauf's
Sommersprossen-Pasta
Ueberraschender Erfolg meist schon in 4 Tagen.
Preis Mk. 12.00. Nur bei: **Sünderkauf & Co.,**
Berlin N. O. 18. Gr. **Frankfurterstrasse 89.**

Hauslämmer
verkauft
Rittergut Raschwitz.

Kartoffelpflanzlochmaschinen 4 reihig
sofort vom Lager lieferbar,
Drescher & Co.,
G. m. b. H., **Halle a. S.,**
Landwehrstraße 2. Tel. 6430.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 96 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 26. April 1921.

Deutscher Reichstag

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er den Tirolern dankt für die Kundgebung ihres Volksbewußtseins und des Vertrauens zur deutschen Sache. Unter dem lauten Beifall der Abgeordneten schließt Präsident Löbe mit den Worten: In die Hand, die uns unsere deutschen Brüder in Tirol entgegenstrecken, schlagen wir freudig ein.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Unabhängigen und der Deutschnationalen über

die Lage der auswärtigen Politik.

Abg. Dißmann (U. S.), der die Interpellation seiner Fraktion begründet, erhebt schärfsten Protest dagegen, daß die Regierung den Reichstag noch immer nicht über ihre künftigen Schritte bei der Entente unterrichtet hat. Die Arbeiterschaft, die die Hauptlast zu tragen hat, wolle nicht länger die Rolle des Aschenbrödels spielen. Redner fordert die Regierung auf, sich die Vorschläge zu eigen zu machen, die vom internationalen Gewerkschaftsbund und von den sozialistischen Parteien von Frankreich und England gemeinsam mit der deutschen U. S. P. auf einer internationalen Konferenz in Amsterdam am 4. April für den Wiederaufbau gemacht worden sind. Zu stürmischen Szenen und Entrüstungskundgebungen der Rechten kommt es, als Abg. Dißmann ausführt, der Gewaltfriede von Versailles und die Sanktionen der Entente seien diktiert von demselben Geist der reaktionären Gewalt, der den Frieden von Brest-Litowsk diktiert habe. Auch der amerikanische Präsident Harding ist nur der Sachwalter kapitalistischer Interessen. Dieselben Interessen stehen aber hinter dem Kabinett Fehrenbach-Simons. Als der Redner in scharfen Worten die Beseitigung der früheren Kaiserin als monarchistische Demonstration verurteilt, verlassen die Abgeordneten der Rechten und des Zentrums unter Pfuirufen den Saal. Redner wendet sich dann gegen das Telegramm an Harding, das im Zusammenhang mit den vorher gebrauchten stolzen Worten einen bedauerlichen Zickzackkurs der deutschen Politik verrate. Die deutsche Arbeiterschaft sei bereit, mit allen Kräften am Wiederaufbau mitzuwirken. Ein nationales Wiederaufbauamt sei notwendig und dazu ein internationales Wiederautmachungsamt.

Abg. Dr. Hoetsch (Dn.) begründet die deutschnationale Interpellation und bedauert, daß der Außenminister nicht schon bei Beginn der Sitzung eine Erklärung über die sechswöchige Arbeit des Ministeriums in der Außenpolitik abgegeben habe. Das Telegramm an Harding ist die vollendete Entwürdigung Deutschlands, die bedingungslose Kapitulation vor dem Ausland und in weiten Kreisen des deutschen Volkes als ein Schlag ins Gesicht empfunden worden. Warum sind unsere Vorschläge nicht so rechtzeitig fertiggestellt, daß sie beim Zusammentreffen Briands mit Lloyd George vorliegen konnten? Was ist zur Widerlegung des Vorwurfs der Schuld am Kriege geschehen, was in der oberschlesischen Frage, was gegen die Gefahr eines polnischen Einfalls? Ist es wahr, daß der Außenminister einen Irrtum bei unseren Reparationsleistungen zugegeben hat? Warum wurde der auswärtige Ausschuß nicht von der geplanten Vermittlungsaktion mit Amerika verständigt, und was hat die Regierung gegen die Urheber der Indiskretion in der „Germania" unternommen, die ein Landesverrat gewesen? Warum sind die Reparationsvorschläge nicht längst veröffentlicht? Durch unsere Erklärung, jetzt bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu gehen, wird der Eindruck erweitert, als wenn das bisher nicht der Fall gewesen wäre. Dabei sind wir in London schon tatsächlich darüber hinausgegangen. Jedenfalls lehnen wir die Verantwortung für eine Politik ab, die nur geeignet ist, das deutsche Volk immer tiefer in den Abgrund zu führen. (Beifall rechts.)

Außenminister Dr. Simons: Die Note der deutschen Regierung ist jetzt in Washington eingegangen. In diesem Augenblick halten wir und die amerikanische Regierung es nicht für angezeigt, Wortlaut und Inhalt der Note schon mitzuteilen. Wir wollen das erst morgen mittag tun. Wir schlagen deshalb vor, die Beantwortung der Interpellationen auf morgen zu vertagen. Nach den schweren Angriffen des Abgeordneten Hoetsch gegen mich fällt mir das Festhalten an diesen Vorschlägen sehr schwer. Ich muß aber daran festhalten und bitte, daraus nicht zu schließen, daß ich auf seine Angriffe nicht dieses und jenes sofort erwidern könnte.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Politische Rundschau

Die Vertreter der Provinz Sachsen im preußischen Staatsrat.

Nach dem amtlichen Ergebnis der Wahlen zum preußischen Staatsrat wurden in der Provinz Sachsen gewählt: 1. Frhr. v. Wilmowski, Landeshauptmann in Merseburg (Dn.), 2. Kaufmann Grassow, Magdeburg-Buckau (D. Vpt.), 3. Oberpräsident Hörsing, Magdeburg (Soz.), 5. Redakteur Mohning, Halle (U. S.), 6. Korrektor Osterburg, Halle (Komm.)

Stellvertreter sind: 1. Rittergutsbesitzer v. Hallborf, Hammersroda (Dn.), 2. Rittergutspächter Fick, Othal (D. Vpt., 3. Amtsgerichtsrat Dr. Breitenstein, Worbis (Ztr.), 4. Landrat Bergemann, Kalbe (Soz.), 5. Parteisekretär Schulz, Erfurt (U. S.), Arbeitersekretär Grabow, Halle (Komm.)

Der Abbau der Kriegsgesellschaften.

Seit Anfang Februar 1921 hat sich das Personal der Kriegsgesellschaften bei den dem Reichsernährungsministerium unterstehenden Gesellschaften um 600, bei denen des Reichswirtschaftsministeriums um 509 und bei denen des Reichsschatzministeriums um 340, insgesamt also um 1449 Köpfe vermindert. Die Gesamtzahl der noch vorhandenen Angestellten bei den Kriegsgesellschaften beläuft sich zur Zeit einschließlich der Angestellten bei den Notstandsorganisationen, die erst jetzt mit dem Abbau beginnen können, auf etwa 8000. Davon gehören etwa 6100 den Ernährungsgesellschaften an, und zwar entfällt der weitaus größte Teil auf die noch nicht abbaufähigen Reichsstellen, insbesondere die Reichsgetreidestelle.

August Thyssen über den drohenden Zusammenbruch.

Aus Anlaß des Jubiläums der Thyssenwerke, die ihr 50. Betriebsjahr gefeiert haben, hatte die Essener Handelskammer eine Glückwunschadresse an August Thyssen gerichtet. Thyssens Antwort enthielt folgenden Abschnitt: „Mögen ihre guten Wünsche in Erfüllung gehen. Ich fürchte, Deutschland wird noch viel hörieren Zeiten entgegengehen als bisland. Ich weiß nicht, ob Deutschland noch genug Kraft in sich hat, um den neuen Anstürmen der Entente zu widerstehen. Wenn nicht unser Volk sich endlich in harter ernster ruhiger Arbeit zusammenfindet, jeder Parteihader aufhört und die ganze Nation wie ein Mann sich gegen die rohe Willkür der Entente aufbäumt, muß der Zusammenbruch kommen. Möge sich bald der Mann finden, der die Kraft und Energie hat, uns wieder zu einem Ganzen zusammenzuschweißen."

„Partei" und freie Angestelltenverbände eins!

Schon seit längerer Zeit ist zu beobachten, daß der Führer der freien Angestelltenbewegung Aufhäuser versucht, die Bewegung in politisches Fahrwasser zu leiten und sie den Sozialisten der extremsten Richtung zuzulenken. Wenn Aufhäuser darauf hingewiesen wurde, pflegte er seine Absichten stets in Abrede zu stellen unter Hinweis darauf, daß die freie Angestelltenbewegung politisch vollkommen neutral sei. So vorsichtig, wie Aufhäuser selbst ist, so wenig vorsichtig sind jedoch die ihm unterstellten Funktionäre der freien Angestelltenbewegung. Diese plauderten manchmal das aus, was Herr Kübler, der bei der Kölner Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten nach durchaus zuverlässigem Bericht u. a. folgendes ausgeführt hat: Vor drei Jahren hätten wir es nicht wagen dürfen, das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Vor zwei Jahren sprachen wir vom unüberbrückbaren Gegensatz, seit einem Jahr erhebt sich aber kein Widerspruch mehr, wenn wir vom Sozialismus reden. So müssen wir langsam weiter gehen. Für uns hier — Sie sind ja meistens Funktionäre — steht es fest, daß Partei und Gewerkschaft eins sind. Werden unsere Gegner gewahr, daß wir in unseren Versammlungen Parteizwistigkeiten ausfechten, dann geht es uns übel. Der wirtschaftliche Sozialismus ist die Etappe zum politischen Sozialismus. Wir sind uns auch darüber klar, daß der Endkampf von den Gewerkschaften und nicht von den Parteien ausgefochten wird. Aber wir müssen vorsichtig sein, und deshalb bitte ich Sie, davon Abstand zu nehmen, die sozialistischen Parteien hier in unseren Versammlungen unsere Programme entwickeln zu lassen. Wer es noch nicht geglaubt, der wird aus den Aeußerungen ersehen müssen, daß die freie Angestelltenbewegung und die Sozialdemokratie eins ist.

Die Verkehrsmisere.

Gegenüber den wahnwitzigen Forderungen der Entente ist es erforderlich auch auf die Notlage unseres Verkehrswesens hinzuweisen. Im Febre 1913 standen uns 24 771 betriebsfähige Lokomotiven zur Verfügung, am 1. April 1919 25 000 und am 1. Oktober 1920 nur noch 18 685. Die Anzahl der Personen- und Gepäckwagen, die betriebsfähig waren, betrug im Jahre 1913 rund 80 000, am 1. April 1919 rund 70 200 und am 1. Oktober 1920 nur noch 51 000. An betriebsfähigen Güterwagen wurden 1913 gezählt 938 451, am 1. April 1919 waren es 679 100 und am 1. Oktober 1920 nur noch 471 800. Diese Zahlen sprechen Bände.

Die Aufstände in Rußland.

Die russische Emigrantenpresse teilt mit, daß der von Antonow geleitete Aufruhr sich über die Gouvernements Tambow, Woronesch und Kursk erstrecke. Wie „Berlinske Tidende" aus Helsingfors meldet, beabsichtigen die Bolschewisten, nach Beilegung des Aufruhrs im Dongebiet die vier Gouvernements gleichzeitig von Norden und Süden anzugreifen. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß die Sowjetmacht in Süd- und Südostrußland ebenso schwach sein wird, wie in der Ukraine, wo die Bolschewisten alle ihre Kräfte sammeln müßten, um sich in den großen Städten und an den Eisenbahnlinien zu behaupten. Aus der Krim wird gemeldet, daß die Tataren im östlichen Teil der Krim die Städte Alnchta, Falta und Alupka erobert haben. Auch in anderen Teilen der Krim macht sich der Widerstand der Bevölkerung gegen die Bolschewisten bemerkbar.

Das wahre Gesicht des Bolschewismus.

Die letzten Kriegsgefangenen aus Sibirien gaben bemerkenswerte Aufschlüsse über den Stand des Bolschewismus. Danach liege er in den letzten Zügen. Die Lage sei so, daß das Land leidlich lebe, die Städte aber hungerten. Es gebe nur Tauschhandel. Die Preise seien unerhört. Für ein Pfund Butter müßten 600 Rubel bezahlt werden. Die Bauern stünden dem Bolschewismus ablehnend und feindlich gegenüber. In Rußland herrsche die schlimmste Polizeigewalt; der Zarismus sei dagegen ein Kinderspiel gewesen. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten würden einfach durch Todesstrafe erledigt, die still und geräuschlos vollzogen werde. Nur durch solches brutale Vorgehen könne die Regierungsgewalt aufrechterhalten werden.

Sitzung der Stadtverordneten

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wurde vom Stadtv. Vorsteher Junker kurz nach 6 Uhr eröffnet. Es wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten.

1. Beitritt zum Verein deutscher Berufsvormünder. Berichterstatter: Stadtv. Wartemann (Komm.). Die Vorlage findet bedattelos einstimmige Annahme.

2. Gebührenordnung für das städtische Krankenhaus. Stadtv. Fiedler (Komm.) berichtet über den Magistratsantrag, der einstimmig angenommen wird.

3. Nachträge zur Ortssatzung der gewerbl. und kaufm. Fortbildungsschule. Stadtv. Frauenheim (Dem.) berichtet über die Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Das Wichtigste in dieser Vorlage ist die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf alle weiblichen Personen unter 18 Jahren. Stadtv. Weidling (Dem.) fragt an, ob an der Fortbildungsschule Fachlehrer tätig sind. Stadtv. Frauenheim (Dem.) meint, der Anstellung eines

Der Schatz der Sabäer

Roman von L. Traeu

45] (Nachdruck verboten.)

„Weil ich weiß, daß Sie eher das Aeußerste wagen würden, als Ihr Unternehmen mißlingen lassen," erwiderte sie. „Man lernt sich doch ein wenig kennen, wenn man wochenlang so nah zusammenlebt. Sie würden allein in ein Lager von tausend Feinden reiten, wenn es darauf ankäme. Und ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß ich — daß es meinen Großvater sehr wenig freuen würde, wenn Sie sich in erstaunliche Gefahr begäben — um dieser unvernünftigen Menschen willen, die uns ziellos über das Meer und durch die Wüste gejagt haben."

Er neigte sich vor, um ihr tief in die Augen zu sehen.

„Würde es Ihnen denn nahegehen, wenn mir etwas zustieße?" fragte er leise. Und sie wich seinem Blick nicht aus.

„Ja," bestätigte sie einfach, und es war etwas Köstliches in ihrer schlichten Offenheit. „Es würde mir nahegehen. Und ich werde viel ruhiger sein, wenn Sie mir versprechen, sehr vorsichtig zu Werke zu gehen. Ich meine, das wäre etwas, was auch einem tapferen Menschen nur zum Lobe gereichte. Denn Sie können mehr tun für uns als das, was Sie heute vorhaben — viel mehr! Haben Sie heute den Ausdruck im Gesicht des Barons gesehen? Ich habe niemals recht eigentlich gewußt, was Goldgier heißt. Jetzt weiß ich es. Mir war, als könnte ich in der Seele dieses Mannes lesen; und ich meine, seine Seele ist nur angefüllt von der Sucht nach dem Golde. Er würde jeden töten, der sich ihm in den Weg stellt — jeden! Und — und ich erschrak. Sie müssen unversehrt zu uns zurückkehren, Herr von Holmstetten. Zu Ihnen und zu Kapitän Stumpf habe ich Vertrauen; aber die andern — was weiß ich von den andern? Ich zittere bei dem Gedanken daran, was geschehen könnte, wenn Beauregard ihnen von der Größe des Schatzes erzählt — wenn er die Goldgier in ihnen entfesselt, die sicherlich in jedem der Menschen schlummert."

„Daran hatte ich nicht gedacht," erklärte Heinz offen. Und seine Gedanken waren vielleicht auch in diesem Augenblick sehr weit von dem entfernt, was sie besprachen.

Erika aber erwiderte eifrig:

„Ich nahm an, daß Ihnen der Gedanke noch nicht gekommen ist, und ich mußte mit Ihnen darüber sprechen. Ich war überzeugt, daß Sie mir recht geben würden, wenn ich meine, die Rückkehr auf die Jacht ist das wichtigste für uns. Das einzig Richtige überhaupt. Mein Großvater hat ja niemals den Gedanken gehabt, sein Ziel durch Waffengewalt zu erreichen — wenigstens hat er es niemals im Ernst beabsichtigt. Beauregard aber ist fest dazu entschlossen."

„Jetzt glaube ich zu verstehen, was Sie von mir wünschen," sagte Holmstetten. „Selbst wenn ich entdecken sollte, daß Asieri sich in den Besitz der kostbaren Kamellasten gesetzt hat, soll ich seinen Erfolg verkleinern — nicht wahr? — Und ich soll die Legende von der fabelhaften Größe des Schatzes in der Expedition nicht aufkommen lassen?"

„Ja, ja — das meinte ich!" rief sie eifrig. „Sie haben mich verstanden. Es ist mir ganz gleichgültig, was geschieht, wenn wir nur glücklich das Schiff wieder erreicht haben. Mögen doch der Baron und Frau von Heyden tun, was sie für gut halten — nur wir müssen aus dem Spiele bleiben. Wenn sie unser Geld, unsere ganze Ausrüstung borgen wollen, werde ich die erste sein, die ihren Wunsch bei meinem Großvater unterstützt."

„Verlangt es Sie denn gar nicht nach dem Anblick der Schätze der Königin von Saba — nach den goldenen Märchenschätzen, die nun eine mythenhafte Zeit unter dem Wüstensand geschlummert haben?"

Sie sah ihn fast entsetzt ab.

„Nein, nein — der bloße Gedanke daran flößt mir ein Grauen ein. Wenn die Schätze wirklich existieren, so denken Sie doch, wie viel Blut daran klebt. O, Herr von Holmstetten — es hängt jetzt alles von Ihnen ab. Ich bin gewiß, daß die Nachrichten, die Sie überbringen, bei meinem Großvater den Ausschlag für sein ferneres Verhalten geben werden. Richten Sie es so ein, daß wir unverzüglich an die Küste zurückkehren! Und nun — nun will ich Ihnen nur noch lebewohl sagen und Ihnen Glück wünschen für Ihren Ritt. Ich muß in mein Zelt zurückkehren."

Sie reichte ihm die Hand — aber er gab die schlanken Finger nicht wieder frei. Fest faßte er sie mit seinen beiden Händen. Nicht mehr niederzukämpfen war es, was in ihm stürmte — allzu gewaltig war die Macht der Liebe geworden in seinem Herzen. Rings um sie war nichts als die endlose Wüste — schattenhaft nur und gespenstisch groß hoben sich die Leiber der Kamele aus dem Dunkel. Und in dieser Einsamkeit stand er Auge in Auge mit dem Mädchen, das seine Seele ausfüllte, die jeder seiner Gedanken nannte. In heißem Flehen flüsterte er:

„Sonst — sonst darf ich nichts mit mir nehmen, Erika?"

Er fühlte, wie sie erzitterte. Aber es klang wie leises, schelmisches Lachen in ihrer Stimme, als sie leise zurückgab:

„Wenn Sie noch mehr begehren — so fordern Sie doch, mein Herr von Holmstetten!"

Da riß er sie aufjubelnd in seine Arme, und mit heißen Küssen bedeckte er das geliebte Gesicht. Sie sträubte sich nicht; innig schmiegte sie sich an seine breite Brust, und dann — dann gaben ihre jungfräulichen Lippen scheu und zart den Druck seines Mundes zurück. In seligem Selbstvergessen tauchten ihre Blicke ineinander; was sie durchkämpft und gelitten hatten — die Nacht der Wüste hüllte es ein, und nur ihre steghafte Liebe war mächtig in ihnen. Wieder und wieder fanden sich ihre Lippen, und in heißer Sehnsucht umschlangen sich ihre Arme.

„Mein Lieb — mein angebetetes Lieb!" stammelte Heinz. „Wie lange — wie unendlich lange habe ich mich sehnen müssen nach diesem Augenblick. Ich war so arm — nichts auf der Welt gab es, das ich mein eigen nannte. Wie reich du mich nun machst — wie unermeßlich reich!"

Sie sah zu ihm auf, und die Hände legte sie auf seine Schultern.

„Mein König und Held!" kam es wie ein Hauch von ihren Lippen. „So frage mich doch, ob ich dich liebe!"

„Sage es mir! — Sage es mir tausendmal, daß nichts in der Welt dich mehr von mir trennen kann."

Und sie zog seinen Kopf zu sich herab, daß ihre Wange sich an die seine schmiegen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0005

Fachlehrers kann dadurch Rechnung getragen werden, daß eine Lehrkraft im Hauptberuf, wie es die Vorlage ja fordert, an der Fortbildungsschule tätig ist. Stadtv.-Vorsteher Junker erklärt, daß einer der Fortbildungsschullehrer Fachlehrer sei. Stadtv. Schneider (Komm.) hält es für angebracht, auch für die weiblichen Fortbildungsschüler eine Fachlehrerin anzustellen und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, wie wenig in der Volksschule der hauswirtschaftlichen Ausbildung Rechnung getragen worden sei, vor allem auf dem Gebiet der Näharbeit. Stadtv.-Vorsteher Junker erklärt, daß der Handarbeitsunterricht vornehmlich in der Mittelschule immer Wohlgefallen erregt habe.

Darauf findet die Vorlage einstimmige Annahme.

4. Einführung der Schulzahnpflege. Berichterstatter Stadtv. Wolff (U. S.) empfiehlt Annahme der Vorlage. Stadtv. Gollina (Dn.) begrüßt als Schulleiter die Vorlage, hat aber in einzelnen Punkten verschiedene Bedenken. Die Summe des Beitrages von 4 M erscheint ihm zu niedrig. Er hält es auch für angebracht, die Zahnpflege auf die staatlichen Schulen der Stadt auszudehnen, denn auch sie würden von Kindern besucht, deren Eltern Bürger der Stadt Merseburg seien. Stadtv. Bove (Soz.) ist ebenfalls für Erhöhung der Beitragssumme für den Zahnarzt. Bei dem niedrigen Beitrage sei eine oberflächliche Behandlung der Schulkinder zu befürchten. Stadtv. Wolff (U. S.) ist der Meinung, daß man bei einer Erhöhung der Beitragssumme jedem weiteren Kinde derselben Familie einen geringeren Beitrag gewähre. Stadtrat Bessert erklärt, daß die Schulzahnpflege, die während des Krieges in Merseburg eingeschlafen sei, sich in anderen Städten gut bewährt habe. Einen Zwang, die Kinder zum Schulzahnarzt zu schicken, gebe es nicht. Zahnarzt Brandt habe ihm die Versicherung gegeben, die Kinder sorgsamst zu behandeln. Er sei bereit, die Schulkinder auch außerhalb der festgesetzten Zeit zu behandeln. Es sei keine Zeit mehr zu verlieren, ein Anfang müsse gemacht werden.

Darauf wird der Antrag angenommen.

5. Einbau eines Zimmers zur Einstellung eines Hydrantenwagens im Straßenreinigungsdepot Johannisstraße. Stadtv. Hesselbarth (Komm.) berichtet über die Vorlage und empfiehlt Annahme. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6. Erhöhung des Schulgeldes für die Mittelschule. Berichterstatter Stadtv. Heilmann (Dem.) meint, die Erhöhung auf 300 M sei zu hoch für die Mittelschule. Er verliest ein Schreiben des Elternbeirats, der um Prüfung und Herabsetzung des Schulgeldes auf 200 M bittet. Der Elternbeirat schlägt bei einer Familie mit mehreren Kindern eine Staffelung vor. Stadtv. Müller (D. Vpt.) befürchtet, daß durch diese Schulgelderhöhung das Defizit noch nicht gedeckt wird. Der Vorschlag des Elternbeirats sei der beste. Die geeignetste Summe für einheimische Schüler sei 240 und für auswärtige 360 M.

Erster Bürgermeister Hertzog erklärt, dies sei unmöglich, da bei der Erhöhung auf 300 M die Stadt noch 346 000 M zuschießen müsse. Der Reichsstädtebund habe den Satz von 300 M für Mittelschulen für angemessen gehalten. Man sei zu dem früher stets bekämpften Grundsatz gekommen, die Schüler, wenn genügend einheimische Schüler vorhanden sind, für Auswärtige zu sperren. Stadtv. Grimm (Dem.) glaubt kaum, daß man um die Erhöhung des Schulgeldes komme. Seine Fraktion werde der Vorlage dann zustimmen, wenn in Zukunft eine Zusammenlegung von Klassen unterbleibt, da dies von großem Nachteil für die Schüler sei. Die Klasse dürfe nicht mehr als 35—40 Schüler zählen. Stadtv. Teller (Dem.) schlägt auch 240 M vor und einen 50proz. Aufschlag für Auswärtige. Stadtrat Bessert warnt davor, der Vorlage die Zustimmung zu versagen; denn nur wenn die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze erhoben werden, wolle der Staat Zuschüsse leisten. Der Unterschied zwischen einheimischen und auswärtigen Schülern sei berechtigt. Stadtv. Heilmann (Dem.) bittet seine Vorredner, ihre Anträge zurückzuziehen, da man um die Erhöhung nicht herumkomme. Der Antrag sei annehmbar, zumal bedürftigen Schülern in weitherzigem Umfange Ermäßigung zuteil werden solle. Nach kurzen Erklärungen des Stadtv. Müller (D. Vpt.) und einer Erwiderung des Stadtrats Bessert findet der Magistratsantrag Annahme.

7. Erhöhung des Schulgeldes für das Lyceum. Die Vorlage, über die derselbe Berichterstatter Ausführungen macht, findet ebenfalls Annahme.

8. Satzung des Arbeitsamtes für den Stadtkreis Merseburg. Berichterstatter Stadtv. Bothe (Dn.) gibt zu der Vorlage noch einige Erklärungen ab, die eine kurze Debatte hervorrufen, an der sich die Herren Erster Bürgermeister Hertzog, Stadtrat Bessert und Stadtv. Bove (M. S.) beteiligen. Schließlich wird auch diese Vorlage angenommen.

9. Bewilligung des Gemeindeviertels mit 333 333 M zur Fertigstellung der Bauten auf Ritters Plan. Berichterstatter: Stadtv. Teller (Dem.) Nach kurzer Debatte findet der Magistratsantrag Annahme.

10. Bewilligung der Gemeinde-Darlehen zum Bau von 7 Häusern in der Rentengutssiedlung I in Höhe von 98 000 M und von 91 Häusern in der Rentengutssiedlung II in Höhe von 1 126 200 M. Stadtv. Ruprecht (Dn.) berichtet über die Vorlage und gibt ein kurzes Bild von der Rentabilität der Gebäude. Nach kurzen Aeußerungen des Ersten Bürgermeisters, Stadtv. Ruprecht und Bothe (Dn.) werden die erforderlichen Gelder bewilligt.

11. Genehmigung der Plakat- und Reklamesteuer-Ordnung. Berichterstatter Stadtv. Weidling (Dem.) beantragt die Erhöhung der Auflage der Plakate bis zu 20 Plakaten. Stadtrat Kleim bemerkt, daß der Magistrat nichts dagegen einzuwenden habe. Der Magistratsantrag wird angenommen.

12. Genehmigung der Ordnung betr. die Besteuerung des Wandergewerbebetriebes. Stadtv. Hertel (Dem.) berichtet über die Vorlage, die ohne Debatte Annahme findet.

13. Genehmigung des Gemeindebeschlusses über die Erstattung von Umzugskosten an Beamte. Die Magistratsvorlage wird auf Vorschlag des Berichterstatters Stadtv. Gollina (Dn.) mit einer kleinen Aenderung angenommen. Es sollen nämlich die Umzugskosten für das Hauspersonal bis zu einer Person mitbezahlt werden.

14. Bewilligung der Mittel zur Herstellung von Stadtnotgeld. Stadtv.-Vorsteher Junker berichtet über die Vorlage. Stadtv. Weidling (Dem.) ist dafür, daß die Menge des Notgeldes noch größer sei. Stadtv. Heilmann (Dem.) äußert, es wäre besser gewesen. Münzgeld statt Papiergeld einzuführen, weil man dies nicht so oft erneuern brauche. Erster Bürgermeister Hertzog hält die Menge von 3 100 000 Notgeldscheinen für genügend. Der Antrag findet einstimmige Annahme.

15. Erhöhung der Mieten in den Baracken. Berichterstatter Stadtv. Bove (M. S.) tritt nicht für die Vorlage ein. Er entrollt ein Bild der wenig erfreulichen Zustände in den Baracken an der Gasanstalt und stellt den Antrag, daß in den Baracken an der Gasanstalt erst die Kanalisation eingerichtet werden müsse und die dafür erforderlichen 15 000 M in den Haushaltsplan eingesetzt würden. Erst wenn dieses geschehen sei, solle die Miete auf 6 M erhöht werden. Für die Baracken an der weißen Mauer solle eine Erhöhung der Mieten bis 7 M nicht 7.50 M, stattfinden. Er ist der Meinung, daß die Baracken bewohner nach zwei Jahren, die sie in den Baracken verlebt haben, in erster Reihe eine Wohnung in massiven Häusern bekommen müßten. Stadtbaurat Zollinger erklärt, daß die Zustände in den Baracken an der Gasanstalt eine Schuld der Bewohner seien. Die Baracken an der weißen Mauer seien besser bewohnt als diejenigen an der Gasanstalt. Die Kanalisation der Baracken an der Gasanstalt sei bereits vorgesehen. Er ist damit einverstanden, daß die erforderlichen Mittel in den Haushaltsplan eingesetzt werden.

Stadtv. Richter (Kom.) hält die Mietserhöhungen in den Baracken für unrecht. Desgleichen äußert Stadtv. Schneider (Kom.), seine Fraktion lehne die Vorlage ab. Eine Anfrage des Stadtv. Eichardt (Dn.) bez. der Mieten wird vom Ersten Bürgermeister beantwortet, der um Annahme der Vorlage bittet. Dem Stadtv. Grimm (Dem.) erscheinen auch die Mieten zu hoch. Stadtv. Richter (Kom.) erklärt, die Barackenwohnungen seien lieberlich eingerichtet. Die Erhöhung der Mieten sei ungerecht und unmenschlich. Stadtv. Teller (Dem.) hält die Erhöhung der Mieten auch nicht für gerecht. Endlich kommt man zur Abstimmung.

Der Magistratsantrag wird einstimmig abgelehnt. Der Antrag Bove findet Annahme.

16. Bewilligung von 3400 M zum Ankauf von Turngeräten. Die Vorlage, über die Stadtv.-Vorsteher Junker berichtet, wird ohne Debatte angenommen.

17. Wahl eines Schiedsmanns für den 3. Bezirk. Als Schiedsmann wird der Handelsgärtner Wittenbecher wiedergewählt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Stadtv.-Vorsteher Junker schließt kurz nach 10 Uhr die Sitzung. Anschließend fand eine geheime Sitzung statt.

Aus Provinz und Reich

Streik der Waldarbeiter.

† Greiz, 24. April. Seit dem 13. April streiken in den Forstrevieren Greiz und Schleiz die Waldarbeiter. Der Grund des Streikes sind Lohndifferenzen. Da die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu keinem Ergebnis führten, suchte die Gebietsregierung zu vermitteln. Die Gegner Hoffnamer lehnte jedoch jede Aussprache mit den streikenden Waldarbeitern ab, da sie genau wisse, daß die Mehrzahl der Arbeiter mit dem letzten Lohn zufrieden wäre.

Unwesen eines Hochstaplers.

† Wernigerode, 24. April. Einem Hochstapler sind zahlreiche hiesige Geschäftsleute zum Opfer gefallen. Tutzendweise erhalten sie Postkarten und Briefwogen mit glänzendem Ausdruck, in denen ein Karl Brasche Waren auf Kredit bestellte. Viele Geschäfte stellen darauf rein und schickten das Bestellte. Nun ergibt sich, daß Brasche von zahlreichen Städten aus gesucht wird. — Eine andere Schwindlerin, die bei hiesigen Geschäftsleuten auf den Namen bekannter Herrschaften Waren auf Kredit erschwindelt hat, konnte als die Arbeiterin Luise Sorge festgenommen werden.

Auffindung der Juwelen Alexanders III.?

† Bukarest, 23. April. Ein aus sibirischer Gefangenschaft heimgekehrter Soldat wollte einen Juwelier in Großkomisza Juwelen von enormem Werte verkaufen. Die davon benachrichtigte Polizei beschlagnahmte eine mit zisilerter Schrift versehene Platette, eine Uhr und andere Juwelen von großem Werte. Es wurde festgestellt, daß der Soldat sich mit bolschewistischen Truppen abgegeben hat. Die Schmuckstücke tragen das Zeichen „III. A.", woraus man auf Eigentum Alexanders III. schließt (?).

Gefakter Einbrecher.

† Moderau, 20. April. Am Sonnabend früh um 9 Uhr stieg der vor längerer Zeit hier wohnende Arbeiter E. Eley durch ein offenes Fenster vom Garten aus in die Wohnstube des Vorarbeiters Hanisch von hier und räumte den Kleiderschrank aus; dabei wurde er von der Ehefrau überrascht, welche mit der Großmutter und den Kindern im Nebenzimmer weilten. Von nacheilenden Einwohnern wurde er im Nachbardorfe gefaßt und ihm eine ordentliche Tracht Prügel verabreicht, ehe er dem Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde.

Zuchthausstrafen für kommunistische Rädelsführer.

† Hamburg, 24. April. In dem Prozeß gegen die Gesellschafter Kommunisten wurden die Rädelsführer Alber zu 3 Jahren 5 Monaten, Komoß zu 2 Jahren 3 Monaten und Zwiebel zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 39 weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt.

Gotha gegen Weimar.

† Gotha, 26. April. Die Stadtverordneten nahmen scharf Stellung gegen die Absicht der Thüringer Regierung, Amtsstellen aus Gotha zu nehmen, um Weimarer Orte damit zu versehen. So ist eine Verkleinerung des Landgerichts zugunsten von Eisenach geplant, und das Oberversicherungsamt mit dem Militärversorgungsamt soll nach Jena verlegt werden. Dagegen wurde scharfer Protest erhoben, ebenso gegen die Benachteiligung Gothas auf dem Gebiete des Verkehrs durch Verlegung der Landwirtschaftskammer von dort nach Weimar. Dabei wurde die Ansicht ausgesprochen, daß Weimar selbst einsehe, daß Großthüringen keinen Bestand haben könne, und daher alles an sich heranzuziehen versuche, um bei dem doch sicheren Anschluß an Preußen dort eine möglichst günstige Stellung zu haben. Oberbürgermeister Dr. Schaffer sagte sorgfältigste Wahrnehmung der Interessen der Stadt gegenüber allen Sonderbestrebungen zu.

Schadenfeuer.

† Gößnitz, 25. April. Durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, brach in der Scheune des Dietzmannschen Gutes in Kauritz Feuer aus. Durch das in bedeutenden Mengen in der Scheune lagernde ungedroschene Getreide, sowie auch ausgedroschenen ungesackten Weizen fand das Feuer reichliche Nahrung, so daß in kurzer Zeit das große Scheunengebäude, in welchem auch diese landwirtschaftliche Maschinen und Geräte lagerten, ein Raub der Flammen wurde. Leider wurde auch ein angrenzendes Stallgebäude vom Feuer ergriffen, wobei drei Läuferschweine mit umkamen.

Auflösung des Zerbster Internierten-Lagers.

† Zerbst, 26. April. Das hiesige Internierten-Lager wird wahrscheinlich zum 1. Juli d. J. aufgelöst werden. In dem Lager befinden sich zur Zeit noch etwa 4000 russische Internierte, Angehörige der bolschewistischen Truppen, die bei den Kämpfen mit Polen auf deutsches Gebiet übergetreten und entwaffnet worden waren. Für den Fall der zu erwartenden endgültigen Verständigung zwischen Rußland und Polen würde die Rückbeförderung der Internierten in die Heimat alsbald zu erwarten sein. Bestimmtes über die Auflösung des Lagers, die auch früher schon mehrfach angekündigt war, verlautete bisher aber noch nichts.

Dynamitanschlag um ein Majorat?

† Berlin, 20. April. Auf Veranlassung eines Berliner Detektivbureaus ist die Gräfin Clionote von Schlieffen, geb. von Sprengel, in Görlitz-Schönburg verhaftet worden. Außerdem man zwei ihrer Söhne, ferner die Gesellschafterin Kopf, den Händler Nessel, den Schmied Grasser aus Neukölln und einen Studenten Herbert Stenschke aus Görlitz festgenommen. Es handelt sich angeblich um einen Majoratskampf mit dem Grafen Georg Wilhelm von Schlieffen, dessen Schloß man mit Dynamit in die Luft sprengen wollte. Die Verhafteten bestreiten jede Schuld. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Sondergerichtsurteile.

† Dresden, 25. April. Das hiesige Sondergericht beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Sprengstoffattentaten gegen die Landgerichte in Dresden und Freiberg. Der Betonarbeiter Karl Schulz, der den Dresdener Anschlag, und der Arbeiter Johann Franke, der den Anschlag in Freiberg verübte, wurden zu je 10 Jahren Zuchthaus, drei weitere Angeklagte zu 8 Monaten Gefängnis bis 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Festnahme eines Betrügers.

† Berlin, 25. April. Laut Morgenpost wurde der 32jährige Kaufmann Philipp Moch aus Karlsruhe, der durch falsche Akkreditive drei Banken in Karlsruhe und Baden-Baden um 1¼ Millionen Mark betrogen hatte, hier verhaftet.

Eine gerechte Strafe.

† Landstuhl (Pfalz), 25. April. Einer der eifrigsten Anhänger der freien Pfalzbewegung, der frühere Bürstenfabrikant Nickles in Landstuhl ist wegen Steuerhinterziehung von 20 000 M zu einer Strafe von 400 000 M verurteilt worden. Nickles gehörte zu jenen freien Pfälzern, die glaubten, durch die Errichtung einer pfälzischen Republik ihre Kriegs- und Revolutionsgewinne dem Zugriff der deutschen Steuerbehörde entziehen zu können.

Turnen, Spiel und Sport

Vereins-Nachrichten.

Germania I — Vfl2 (Liga-Reserve) 2:3

Um 2 Uhr begann das Spiel auf dem Vfl-Sportplatz. Germ. spielte mit 3 Mann Ersatz. Torwächter, rechter Verteidiger und Halblinke. Der Torwächter hatte noch niemals im Tor gespielt. Vfl2 dadurch im Vorteil, konnten gleich in den ersten 10 Minuten zwei Ueberraschungstore treten. Die Germanen ließen sich dadurch jedoch nicht entmutigen und es gelang ihnen auch, noch in der ersten Halbzeit ein Tor durch Stößel II aufzuholen. Halbzeit 1:2. In der zweiten Halbzeit ist Germania überlegen. Stark drängen sie auf des Gegners Tor. Trotzdem gelingen Vfl2 noch einige Durchbrüche. Und bei einem solchen fällt auch das dritte Tor für Vfl2 (Abseitstor). 15 Minuten vor Schluß kann dann noch Germ. durch Grobbein zum zweiten Male einsenden. Bei etwas mehr Taktraft des Germ. Innensturmes wäre der Sieg unzweifelhaft bei ihnen gewesen. Der Schiedsrichter hätte besser sein können.

Germania III — Vfl2 IV 5:4 (3:2)

Ein recht torreiches Treffen lieferten sich beide Mannschaften auf dem Vfl-Platze. Bei Germ. war der Torwart sehr gut.

Germania Jugend I — Vfl2 Jugend II und III 0:1

Nach halbstündiger Spielzeit mußte das Spiel abgebrochen werden, da Sportvereinigung, Weißenfels 1. Jugd. auf dem Platze erschienen war.

Germania 1. Jugd. — Sportverein-Weißenfels 1. Jgd. 4:2 (1:1)

Germania Knaben — Sportverein 99 Knaben 1:1

Das angesetzte Verbandsspiel wurde nicht als solches ausgetragen, da der Schiedsrichter nicht erschienen war. Das Gesellschaftsspiel endete unentschieden 1:1. Halbzeit stand Germania mit 1:0 in Führung.

Turn- und Sportverein Neurößen.

Vergangenen Sonntag spielte die 1. Mannschaft Neurößens gegen die 2. Mannschaft des Rasensportvereins Weißenfels und verlor, mit 10 Mann und 3 Ersatzleuten spielend, in erster Linie dank dem körperlichen Spiel der Weißenfelser mit 1:4. Das Spiel selbst war durchaus offen.

Auch die A.-H.-Mannschaft konnte ihr Spiel gegen die A.-H. des Rasensportvereins Weißenfels trotz zeitweise drückender Ueberlegenheit nicht zu einem Sieg aufkaten. Das Spiel endete 5:4 für Weißenfels. Die Niederlage ist hauptsächlich dem Torwart Neurößens zuzuschreiben, der drei durchaus haltbare Bälle passieren ließ.

Die Jugendmannschaft gewann überlegen mit 8:0 gegen Sportklub Wacker Jugend, während die Knaben gegen Merseburger Preußen Knaben sich mit 1:0 siegreich behaupten konnten.

* * *

Der Stand der Meisterschaftsspiele.

In der ersten Klasse des Saalegaues hat die Tabelle nach den letzten Entscheidungen am grünen Tisch und auf dem Rasen wieder ein recht verändertes Aussehen angenommen. Das schwerwiegendste Urteil wurde am Sonnabend in Leipzig beim Verbandsvorstand in Sachen des Sportvereins 99 Merseburg gefällt, betr. die vier Punkte aus den Spielen gegen Preußen Merseburg und Komet Halle, wonach diese beiden Spiele zuwiderholen sind. Merseburg kommt dadurch weiterhin mit den Verbandsspielen bedenklich in Rückstand und kann von Glück sagen, wenigstens am am Sonntag trotz Richterscheinen des angesetzten Schiedsrichters das Spiel gegen Sportbrüder (3:1) unter Dach und Fach gebracht zu haben. Die Führung in der Tabelle hat nunmehr vorläufig Olympia Halle, die auch am Sonntag wieder gegen Ammendorf mit 3:1 siegreich das Feld behauptetan. Auch Eintracht überraschte seine Anhänger wieder einmal durch einen 2:1 Sieg über die in letzter Zeit merklich aufstrebende Kometmannschaft. Eine kleine Sensation gab es am Tabellenende im Spiel Nietleben gegen Wacker Körbig, das erstere auf eigenem Platz mit 8:3 (!) gewannen. Nach diesen Entscheidungen und Resultaten zeigt die Tabelle folgendes Bild:

1. Klasse	Gespielt	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Tore	Pkte. +	Pkte. −
Olympia-Halle	19	14	2	3	46 : 18	30	8
Sportverein 99-Merseburg	16	11	4	1	55 : 14	26	6
Eintracht-Halle	18	11	1	6	47 : 32	23	13
Komet-Halle	18	10	2	6	37 : 22	22	14
Sportbrüder-Halle	18	8	2	8	27 : 24	18	18
Halle 1910	18	8	2	8	40 : 37	18	18
Ammendorf 1910	19	8	1	10	34 : 39	17	21
Sp.-V. Nietleben	18	6	4	8	29 : 48	16	20
B. C. Preußen-Merseburg	17	7	1	9	25 : 25	15	19
Sp.-Vereinigung-Halle	14	3	—	11	16 : 50	6	22
Wacker-Körbig	17	—	1	16	15 : 60	1	33

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210426-17/fragment/page=0006